

Die Kampagne gegen Reichtum

Ein Auszug aus

Wo ist Behle?

Über Filtersysteme, Kommunikationskorridore u.v.m. Wider die Verzweiflung.
Stichworte zur Wiedererlangung autonomer Politikfähigkeit“

Die Probe aufs Exempel: Grundzüge einer autonomen Anti-Reichtums-Kampagne

Ziel der Anti-Reichtums-Kampagne

Es gibt in linken Zusammenhängen die Neigung, den Kapitalismus im Lichte seiner Krisen, vor allem aber im Lichte seiner Opfer zu betrachten, d.h. hinsichtlich der von ihm hervorgebrachten Armut- und Verelendungs-Phänomene. Ein solches Herangehen ist zwar ultra-verständlich, gestaltet sich gemeinhin jedoch als ein nur sehr selten vom Erfolg gekröntes Unterfangen.

Über die Nutznießer*innen reden

Ich möchte stattdessen vorschlagen, den Kapitalismus einmal andersherum zu thematisieren, über seine NutznießerInnen nämlich, d.h. über die von ihm hervorgebrachten Reichtums-Phänomene. Nimmt mensch die BRD als Bezugspunkt, dann betrifft dies meines Erachtens alle diejenigen, denen in materieller Hinsicht deutlich mehr zur Verfügung steht als dem Durchschnitt. (So ist in der BRD das durchschnittliche Netto-Haushalts-Einkommen u.a. von Selbständigen, höheren Angestellten und verbeamteten AkademikerInnen bis zu zweieinhalb mal so hoch wie das entsprechende Durchschnittseinkommen, das ca. 4600 DM beträgt.)

Dies mag zwar eine ungeheuer simpel anmutende Definition sein, scheint mir hier durch aber nicht weniger wahr zu sein; denn Ziel dieser Grobdefinition ist es ja mitnichten, auf diese Weise eine angemessene Bestimmung dessen vorzunehmen, was denn Kapitalismus über-

haupt ausmacht. Nein, dies ist hiermit genauso wenig gemeint wie die etwaige These, daß die hauptsächlichsten Differenzen zwischen den einzelnen Klassen und Klassenfraktionen darin bestünden, über unterschiedlich viel Einkommen und Besitz zu verfügen. Keineswegs. Ziel besagter Grobdefinition ist es vielmehr, anhand einer ihrer sichtbarsten Erscheinungsformen einen praktischen Ansatzpunkt dafür zu bestimmen, auf welche Weise das kapitalistische Gesellschaftsmodell auf die Tagesordnung öffentlicher und privater Gespräche gesetzt werden könnte. Geschehen möge dies folgendermaßen:

Schritt I: Nächtliche Auftaktaktion:

Als Aktionsauftakt der Anti-Reichtums-Kampagne möchte ich einen wohl koordiniert vorgetragenen Nacht-Angriff mehrerer Kleingruppen auf ein solches Wohnviertel vorschlagen, in dem vor allem Reiche im oben definierten Sinne leben. Im Kern sollte sich ein derartiger Angriff aus mindestens vier Elementen zusammensetzen:

Low Level Militanz

Erstens sollten die Reifen möglichst vieler Mittel- und Oberklasse-Autos zerstochen werden. Zweitens sollten ebenfalls eine ganze Reihe Hausfassaden durch Farbbeutel bzw. Farbeier verziert werden. Drittens sollten vor Hauseingängen und Garagen kleine Misthaufen platziert werden. Viertens sollte schließlich auch noch irgendein Gemeinschafts-

punkt angegriffen werden: So könnten z.B. in einem Tennisclub die Netze zerstört und die weißen Grundlinien geteert werden. Insgesamt dürfte die gesamte Aktion (vom Tennisklub einmal abgesehen) maximal 5-10 Minuten in Anspruch nehmen. Deshalb wäre es mit einer Kleingruppe wohl kaum getan; denn gerade die Auftaktaktion erfordert einen möglichst hohen Betroffenheitsgrad (mindestens 20 Parteien).

Bekenner*innenschreiben

Doch hiermit wäre es beileibe noch nicht getan: Als zentrales Element der Auftaktaktion sollten nämlich alle Betroffenen eine Art BekennerInnenschreiben hinterlegt bekommen. (Ein am Eingang bzw. unter 'm Auto platziertes Schreiben genügt hier schon.) Hinsichtlich Form und Gehalt sollten diese BekennerInnenschreiben aus gleich noch zu erörternden Gründen (1.) ernst & klar, (2.) lustig & bizarr sowie (3.) erinnerungslastig & identitätsstiftend sein.

Der Willkommens-Brief

Anhören könnte sich ein solches Schreiben etwa folgendermaßen: "Guten Tag, wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu dürfen, heute Nacht zusammen mit 20 weiteren TeilnehmerInnen dafür ausgewählt worden zu sein, an unserer Anti-Reichtums-Kampagne teilzunehmen. Herzlich Willkommen! Ziel dieser Kampagne ist es, auf den schlichten Umstand aufmerksam zu machen, daß Reichtum und Armut zusammengehören, daß also Ihr Reichtum die Armut Anderer voraussetzt. (Angemerkt sei hierzu lediglich noch, daß im Rahmen unserer Kampagne alle diejenigen Menschen als reich

betrachtet werden, deren Haushaltseinkommen deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 4600 DM liegt). Hinsichtlich des weiteren Verlaufes der Kampagne möchten wir Ihnen mitteilen, daß Sie in Zukunft noch des öfteren von uns hören werden. Ansonsten würden wir uns freuen, wenn auch Sie sich aktiv an der Kampagne beteiligen würden. Deshalb möchten wir Ihnen vorschlagen, sich mit Ihren Kampagnen-KollegInnen am Sonntag, dem xx um 19.00 Uhr im Café Z zu treffen, um sich dort gemeinsam über weitere Gestaltungsmöglichkeiten der Kampagne auszutauschen. (Die Adressen der übrigen TeilnehmerInnen werden wir Ihnen in den nächsten Tagen zukommen lassen.) Und auch würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber in Kenntnis setzten würden, welche Menschen aus Ihrem Verwandten-, Freundes- und Bekanntenkreis dafür in Frage kommen könnten, ebenfalls an der Kampagne teilzunehmen.¹ Wir wünschen Ihnen einen schönen Tag und verbleiben mit freundlichen Grüßen. Ihr ARK-Team."

Kreativer Wiedererkennungswert

Darüber hinaus sollte das Schreiben nicht nur ansprechend und phantasievoll gestaltet sein (z.B. gelbes Blütendesign), sondern auch noch ein einprägsames Kampagnenlogo enthalten. Wie in dem ersten BekennerInnenschreiben bereits angekündigt, sollte schließlich (spätestens am übernächsten Tag) an die Bewohnerinnen der betroffenen Häuser weitere BekennerInnen-Post versandt werden. Diese müßte erneut das Kampagnen-Logo enthalten - um auf diese

¹ Dank Internet und E-Mail lässt sich diese Feedbackschleife mittlerweile viel einfacher praktisch bereitstellen als in 1998.

Weise einen allmählichen Wieder-Erkennungs-Effekt vorzubereiten - sowie die Adressen und Autokennzeichen der übrigen Betroffenen. (Die AngreiferInnen sollten sich deshalb entsprechende Notizen machen...)

Surreal mit Treffpunkt

Abgesehen hiervon kann das Schreiben aber auch noch (je nach Lust und Laune) ganz andere Dinge umfassen: ernsthafte und gründliche Abhandlungen zum Kapitalismus, Gedichte, surreale Texte, Bilder, Spott-Verse etc. Nur auf Beschimpfungen und wüsten Kampf-Jargon (z.B. "imperialistisches Schweinesystem") sollte verzichtet werden. Dasselbe Vorgehen gilt im übrigen auch für den Tennisclub. Zur Förderung des Bekanntheitsgrades der Kampagne sollten hier allerdings gleich mehrere BekennerInnen schreiben hinterlassen werden. Sollten Post-Adressen von VorständlerInnen bzw. einfachen Mitgliedern bekannt sein, dann könnten BekennerInnen schreiben auch auf diesem Weg versandt werden. Und auch sollten die Tennisclub-Leute zum TeilnehmerInnen-Treffen im Café Z eingeladen werden.

Überlegungen hinter der Militanz

Hinter jener Auftaktaktion stecken v.a. drei Überlegungen: 1. Entscheidendes Merkmal solcherart Angriffe ist es, daß sie die betroffenen BürgerInnen in zwei ihrer heiligsten Interessen verletzen: Einerseits in ihrem Besitz- und Wohlstands-Interesse und andererseits in dem Interesse, ein Leben in Sicherheit, Unbehelligkeit und Ordnung zu führen.

Interessensverletzungen erregen

Jene Interessens-Verletzung wird die Betroffenen aber kolossal erregen, und dies ist gut so! Denn hierdurch werden sich v.a. negative Energie-Wallungen aufbauen, derer sich mensch in einem noch genauer zu erläuternden Sinne instrumentell bedienen kann. Doch auch die anderen Gestaltungselemente der Auftakt-Aktion tragen zur Entfaltung derartiger Negativ-Wallungen bei: So wird den BürgerInnen ausgesprochen übel aufstoßen, daß die Angriffe mit dem Anspruch daher kommen, begründete zu sein. Begründungen werden immer dann als besonders ärgerlich empfunden, wenn sie unter keinen Umständen geteilt werden können. Genau Davon muß im Falle der Auftakt-Aktion ausgegangen werden.

Keine Zynismus

Um jenen zusätzlichen Ärger-Effekt tatsächlich zu erzielen, ist es allerdings erforderlich, der Aktion im 1. und 2. BekennerInnen schreiben einen eindeutig politischen Anstrich zu verpassen. Nicht minder wichtig ist es aber auch, sich von Anfang an ein fröhlich-ironisches Image zuzulegen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil solcherart Ironie bzw. Zynismus ebenfalls Extra-Ärger hervorbringt. Denn Ironie ist vor allem dann schwer auszuhalten, wenn sie sich auf verletzte Interessen, Bedürfnisse etc. bezieht.

Professor*innen sind reich

Weiterhin werden sich die allermeisten Betroffenen auch deshalb ereifern, weil keineR von ihnen das Label, reich zu sein, auf sich sitzen lassen will. Dies gilt bekanntlich auch für solche Personen, die (wie z.B. ProfessorInnen) über ein

Haushalts-Netto-Einkommen von bis zu 10.000 DM verfügen und damit bereits zu einer absoluten Spitzen-Minderheit gehören. Begründet dürfte dieses Phänomen vor allem in der medial vermittelten Daueranwesenheit irgendwelcher superreichen Stars sein, durch welche viele Menschen von der ehrlichen Überzeugung heimgesucht werden, nicht wirklich reich zu sein. Und trotzdem: Um bei der Hervorbringung auch dieses Extra-Ärgers gar nichts erst anbrennen zu lassen, sollte die Auftaktkampagne nicht in irgendwelchen Villenvierteln stattfinden, sondern in erster Linie dort, wo diejenigen Reichen wohnen, die sich nie und nimmer als reich empfinden dürften.

Empörung in der Privatsphäre

Schließlich dürfte die Auftakt-Aktion aber auch deshalb als empörend empfunden werden, weil innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft gerade Anschläge auf die nicht-öffentliche Privatsphäre als besonders verrucht gelten. Warum das so ist, darauf wird gleich noch eingegangen werden.

Einzelne einbinden

2. Hinsichtlich der Legitimität, im Rahmen einer Anti-Reichtums-Kampagne auch ganz normale BürgerInnen in militante Vorgehensweisen einzubinden, dürfte es keiner weiteren Erklärungen bedürfen; denn daß sich der Kapitalismus erst durch die zustimmenden Handlungen Millionen Einzelner verwirklichen kann - von der Arbeiterin über den Ingenieur bis hin zur Managerin - hoffe ich, weiter oben hinreichend verständlich gemacht zu haben.

Die Extraportion Ärger

3. Von zentraler Bedeutsamkeit für das Verständnis der Auftakt-Aktion ist jetzt noch die Sache mit den BekennerInnen-schreiben: Solche Schreiben sind nicht nur deshalb wichtig, um den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, die Ereignisse mit einem konkreten Sinn auszustatten (ganz gleich wie sehr dieser auch abgelehnt werden mag), sondern auch deshalb, um sich nicht die Extra-Ärger-Effekte durch die Lappen gehen zu lassen. Wichtig ist eine großzügige Streuung eben jener BekennerInnenschreiben überdies deshalb, weil nur unter der Bedingung, daß solche BekennerInnenschreiben zum Gegenstand kollektiver Gespräche und Erregungen gemacht werden, diejenigen Voraussetzungen geschaffen werden können, mittels derer die oben ausführlich erläuterten Aufklärungs- und Mobilisierungsprozesse innerhalb linksradikaler Zusammenhänge losgetreten werden können. Unter dieser Voraussetzung gilt es, sich die allmähliche Weiter-Entwicklung kollektiver Gespräche und Erregungen zu kollektiven Gesprächs- und Erregungskorridoren vorzustellen. Denn nur dort, wo sich Menschen im Rahmen solcher Gesprächskorridore, die nie und nimmer auf einen Schlag geschaffen werden können, austauschen, ärgern, Rachegefühle spinnen etc. kann jenes stimmungsmäßige Etwas entstehen, von dem sich nicht nur Medien und Lokal-PolitikerInnen angezogen fühlen, sondern auch autonome Linke und solche, die es werden könnten.

Kommunikationskorridore schaffen

In diesem Sinne geht es der Auftakt-Aktion und sämtlichen ihrer Folge-Schritte in erster Linie darum, die Herausbildung derartiger Kommunikations- und Erregungskorridore anzustacheln. Denn diese entstehen nicht von allein. Vielmehr bedarf es hierfür zweier Voraussetzungen: Neben den negativen Energie-Wallungen, für deren Existenz ja die Auftakt-Angriffe und die dazugehörigen BekennerInnenschreiben gesorgt haben, sind vor allem Vernetzungen zwischen den Menschen erforderlich. Genau diese gehören aber mehr und mehr zum Ausnahmezustand. Sie sind nicht mehr selbstverständlicher Teil sozialer Gemeinwesen. Außer in Dörfern und Kleinstädten funktionieren jene alltäglichen Kommunikationskanäle, durch die ehemals außergewöhnlichen Ereignisse sofortige Verbreitung erfahren haben, kaum noch. Vorherrschend ist stattdessen Anonymität und Distanz. Freundschafts- und Bekanntenkreise können zwar mit nachbarschaftlichen Beziehungen zusammenfallen, tun dies aber nicht mehr automatisch! Genau deshalb gilt es aber auch, in BekennerInnenschreiben die Menschen voneinander in Kenntnis zu setzen.

Kompliziert wirds nach dem Anschlag

Natürlich werden sich die Betroffenen nicht nach den Termin- und Ortsvorschlägen der BekennerInnenschreiben richten. Das macht aber auch nichts. Worum es geht, ist vielmehr, den Leuten das Gefühl zu vermitteln, nicht allein zu sein. Denn dort, wo kollektive Betroffenheits-Empfindungen entstehen, entwickelt sich auch der Wunsch nach einer

kollektiven Betroffenen-Initiative. Auf die automatische Herausbildung solcher kollektiven Betroffenen-Initiativen kann aber nicht gebaut werden. Deshalb müssen die Kampagnen-TeilnehmerInnen im buchstäblichen Sinne eine Betreuung erfahren. Denn letztlich ist der militante Angriff (es sei denn, es handelt sich um einen Widerstandsakt) nur der erste Schritt. Richtig kompliziert wird's erst danach. Dies wird meines Erachtens viel zu häufig aus dem Blick verloren.

Betreuungsarbeit

Um die Betreuungsarbeit allerdings nicht zu einer allzu aufwendigen Arbeit werden zu lassen, sollte die Auftakt-Aktion auf wenige Straßen begrenzt sein; denn je dichter die Betroffenen zusammen wohnen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß diese sich zumindest oberflächlich kennen, sei es über die Kinder oder den Tennisklub, oder sei es über ganz normale Nachbarschaftsbeziehungen.

Der Tennisklub als Angriffsfläche

Genau in diesem Sinne empfiehlt sich auch ein Tennisklub als besonders geeignete Angriffsfläche: Denn in einem gewissen Sinne stellt ein solcher einen bereits existierenden Gesprächskorridor dar, in den die kollektiven Negativ-Erregungen sofort eingespeist und verhandelt werden können. Hinsichtlich der Herausbildung von Negativ-Erregung als der alles entscheidenden Triebkraft sei noch angemerkt, daß diese nur unter der Bedingung entstehen wird, daß irgendein persönliches Interesse berührt bzw. verletzt wird. Und genau hierin ist auch die Sinnlosigkeit vieler Anschläge,

die nicht der Widerstandslogik verpflichtet sind, begründet.

Zerstörung juckt niemanden

Denn die Zerstörung der Fensterscheiben einer Bank, eines Kaufhauses oder eines Bezirksamtes juckt überhaupt niemanden und das zu Recht! Schließlich wird ein persönliches Interesse hier durch noch nicht einmal gekitzelt, außer dasjenige des Staats-Schutzes bzw. der Glaserei; allenfalls ungläubiges und leicht empörtes Kopfschütteln über die Sinnlosigkeit solcher 'Gewalttaten' kann auf diese Weise hervorgerufen werden; doch selbst dies ist nur in den seltensten Fällen der Fall; dafür sorgen unwillkürlich und unbeabsichtigt die jeweiligen Filtersysteme. Ganz anders verhielte sich der Umgang mit militanten Anschlägen dann, wenn diese an irgendwelche bereits bestehenden Kommunikations- und Erregungskorridore anknüpfen könnten; denn diese würden die jeweiligen Anschläge begierig aufsaugen und im Sinne des je spezifischen Korridors verarbeiten.

Kommunikationskorridore fehlen

Das eigentliche Problem ist jetzt allerdings, daß solcherart Korridore in der Regel nicht existieren und deshalb erst durch ein hierfür entsprechend geeignetes Kampagnenkonzept erschaffen werden müssen. Dies gilt im übrigen auch für Groß-Anschläge. Diese sind zwar spektakel-erregend und deshalb geeignet, innerhalb kürzester Zeit sehr viel Aufmerksamkeit zu aktivieren, verlaufen jedoch im Falle ihrer Nicht-Verankerung in hierfür geeigneten Gesprächskorridoren erfahrungsgemäß genauso

schnell im Sande wie andere Aktionen auch, es sei denn, die taz erbarmt sich ihrer (so wie das beim Kaisers-Anschlag in Berlin² der Fall gewesen ist) und berichtet ausführlich über das Waren-Gutschein-System für Flüchtlinge als dem offiziellen Hintergrund der Aktion. Im Falle Kaisers ist dies allerdings gar nicht so dramatisch gewesen, schließlich hat die Aktion in erster Linie Kaisers selbst gegolten und kann deshalb ruhig als Widerstandsakt abgebucht werden.)

Aktionen zur Aktivist-Erbauung?

Unterm Strich bedeutet dies, daß viele autonome Militanz-Aktionen eher der Erbauung ihrer AktivistInnen verpflichtet sind, als daß sie tatsächlich imstande wären, irgendwelche Aufklärungs- und damit Mobilisierungsprozesse in Gang zu setzen. Solche Erbauung ist zwar wichtig (ganz gleich, ob sie eher sozialen oder eher emotionalen Zwecken dienlich ist) reicht als ausschließliches Motiv für militante Aktionen aber keineswegs aus!

Piesack- und Ärger-Phase sowie neue Auftakt-Aktionen

Nach der Auftakt-Aktion hat unmittelbar die Piesack- und Ärger-Phase zu beginnen, in deren Mittelpunkt das Bestreben

2 Am 3. Oktober 1997, dem Tag der Eingemeindung der DDR, verübten Autonome im P-Berg einen Brandanschlag mit Mollis auf einen Supermarkt der Kette Kaisers. Den Rückzug sicherten sie, indem sie Autoscheiden einschlugen, die Fahrzeuge auf die Straße rollten, diese auch abfackelten und großflächig Krähfüße verteilten. Die Täter, verantwortlich für über 3,5 Millionen Mark Sachschaden, meldeten sich per Bekenner*innenschreiben unter dem Namen "Freies Fluten": "Wir verstehen diese Aktion als Warnung an die Tengelmann-Gruppe (Kaisers, Plus usw.), sich an dem geplanten Warengutschein-Abrechnungssystem für alle 32 000 in Berlin lebende Flüchtlinge zu beteiligen." Siehe: Kommando Ketchup. In: Der Spiegel, 13.10.1997, im Internet einsehbar unter <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8798879.html>

stehen sollte, durch Gemeinheiten Öl ins gerade erst entfachte Erregungs-Feuer zu schütten. Vorschlagen möchte ich hierfür vor allem Post-Attacken. Diese bestehen darin, den Kampagnen-TeilnehmerInnen Briefe und Päckchen allerlei Inhaltes zukommen zu lassen.

Spaß per Post

Hinsichtlich des Briefinhaltes ist alles denkbar: von dem einfachen Kampagnen-Logo, welches lediglich einen schönen Gruß enthält, über Nonsens- und Schmähbriefe bis hin zu ernsthaften Abhandlungen von maximal zwei Seiten, in denen thesenartig und ohne jeden Jargon die wichtigsten Fakts & Infos über weltweite Reichtums- und Armutsverteilungen enthalten sind. Auch hinsichtlich der Päckcheninhalte sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Auch hier ist alles möglich: von Musik-Kassetten³ mit einschlägiger Musik über Video-Kassetten, die ebenfalls Passendes zum Thema enthalten, bis hin zu Hundescheiß-Sendungen oder, um auch liebevoll zu sein, irgendwelchen Zauberkekse, die allerdings (und auch das ist eine Gemeinheit) aus Angst vor Vergiftung, Versalzung u.a. nicht gegessen werden dürften.

Neue Teilnehmer*innen gewinnen

Von diesen Post-Attacken abgesehen, ist es aber auch notwendig, im Rahmen neuer Auftakt-Aktionen zusätzliche Kampagnen-TeilnehmerInnen zu gewinnen. Natürlich müßte auch diesen neben den Adressen bzw. Autokennzeichen ihrer unmittelbaren Schicksals-GenossInnen eine Adressen- und Autokennzei-

chenliste der bisherigen Kampagnen-TeilnehmerInnen zugeschickt bzw. hinterlassen werden. In umgekehrter Richtung müßten aber auch die Alten über die Neuen informiert werden, wobei es hier genügen könnte, zwei bis drei Alteingesessene als Verteilerstationen aufzubauen.

Die Verteilerstationen informieren

Dies könnte den Betreffenden auch genau so mitgeteilt werden: "Sehr geehrte Frau Maier, wir freuen uns Ihnen mitteilen zu dürfen, vom Komitee der Anti-Reichtums-Kampagne (KdARK) auserkoren worden zu sein, in Zukunft als Verteilerstation zu fungieren. In dieser Eigenschaft möchten wir sie bitten, von nun an die Verteilung unserer Sammel-Schreiben durchzuführen. Dies würde uns finanziell erheblich entlasten, dürfte Ihnen als reicher Person hingegen nicht sonderlich schwerfallen." Spaßeshalber könnte jener Brief auch sämtlichen der bisherigen Kampagnen-TeilnehmerInnen zugesandt werden.

Kinder- und Tierschutz

Fernerhin sind Kinder absolut außen vorzuhalten (dies gilt es ggf. genauso kundzutun); und schließlich sollte auch nichts mit Tieren angestellt werden, sei es in Gestalt irgendwelcher Rattengift-Drohungen oder in Gestalt davon, Tierkadaver zu verschicken. Anstatt irgend etwas hiervon zu tun, sollte umgekehrt vielmehr danach getrachtet werden, sich einen spaßguerillahaften Anstrich zu verpassen, und zwar nicht nur im Interesse der Betroffenen.

³ Eine Musik-Kassette ist ein Ding aus Plastik, auf das ca. 1h Musik passte. Videokassetten waren größer und es passte ein einziger Film in fürchterlicher Qualität drauf.

Fröhlich-gefährlichen Image

Dieses Ziel eines fröhlich-gefährlichen Images kann vor allem durch humorvolles, freundliches und schönes Auftreten erreicht werden. Diese selbstauferlegte Pflicht, so wenig Psychoterror wie nur möglich auszuüben, ist vor allem darin begründet, daß es im Rahmen der Anti-Reichtums-Kampagne überhaupt nicht darum geht, die Betroffenen zu quälen. Denn Ziel ist es vielmehr, die Erregung dieser Leute zu wecken und sie hierdurch anzustiften, kollektive Erregungs- und Kommunikationskorridore aufzubauen, aus denen wiederum im Rahmen weiterer Prozesse und Mechanismen Aufklärungs- und Mobilisierungs-Dynamiken hervorgehen können.

Terror?

Und trotzdem: Daß sich die konkret Betroffenen mehr oder weniger terrorisiert und verunsichert fühlen, ist in letzter Konsequenz wohl kaum zu vermeiden. Dieser Sachverhalt ist nicht wegzudiskutieren, er kann lediglich als notwendiges Übel akzeptiert werden.

Schritt III: Systematische Öffentlichkeitsarbeit:

Vorbemerkung: Inzwischen kann davon ausgegangen werden, daß die bisherigen Aktionen schon einiges in Bewegung gebracht haben; zumindest dürfte dies dann der Fall sein, wenn sie in einem relativ kurzen Zeitraum von maximal vier Wochen durchgeführt worden sind und es überdies gelungen ist (je nach Größe der Stadt) dreißig bis hundert Kampagnen-TeilnehmerInnen rekrutiert zu haben. Ein effektiver Kommunikationskor-

ridor bedarf nämlich einer gewissen MindestteilnehmerInnen-Zahl.

Langsame Eskalation

Hinsichtlich des Eskalations-Niveaus sei noch angemerkt, daß es sich keinesfalls empfiehlt, dieses gleich schon zu Beginn so richtig hochzuschrauben; denn dies würde viel zu schnell eine massive Bullenpräsenz nach sich ziehen, so daß es praktisch kaum noch möglich wäre, weitere Mikro-Anschläge durchzuführen. Deshalb sollten sich die AktivistInnen erst einmal mit Kleinkram zufriedengeben, also mit Mistkübeln, zerstochnen Reifen, Farbbeuteln, versprühten Autos, verklebten Schlössern etc., nicht aber mit wecker-artigen Krachmachern wie eingeworfenen Scheiben. Erst zu einem späteren Zeitpunkt sollte dann das Eskalations-Niveau langsam heraufgesetzt werden; hierauf wird noch zurückzukommen sein. Dieser eher minimilitante Anfang scheint mir im übrigen gar kein Problem zu sein, denn gerade in Deutschland ist absoluter Verlaß darauf, daß selbst die größten Harmlosigkeiten nicht als solche empfunden werden, zumal aufgestochene Reifen so harmlos auch nicht sind!

Autonome Aufklärungsarbeit

Vor dem Hintergrund des inzwischen aufgewirbelten Staubes ist es nunmehr endgültig an der Zeit, mit massiver Aufklärungsarbeit nicht nur an die allgemeine, sondern auch an die linke sowie autonome Öffentlichkeit zu treten: Zur Aufklärung in der allgemeinen Öffentlichkeit: Diese Arbeit birgt ein erhebliches Risiko in sich und sollte deshalb nach Möglichkeit nicht von denjenigen

bestritten werden, die bereits an den militanten Aktionen beteiligt (gewesen) sind. Denn im Kern besteht jene Aufklärungsarbeit darin, v.a. in den kampagne-betroffenen Stadtteilen legale Stand- und Flugblatt-Aktionen durchzuführen.

Hierfür bedürfen die Flugblätter eines doppelten Charakters: Einerseits müssen sie klipp und klare Distanzierungen von sämtlicher Militanz enthalten. Andernfalls würden die Flugblatt-VerteilerInnen sofort kriminalisiert werden. Das schließt auch eine Benutzung des militanten Anti-Reichtums-Logos aus.

Andererseits müssen die Flugblätter aber auch bis ins letzte i-Tüpfelchen provokativ abgefaßt sein. Erreichbar dürfte dies v.a. dadurch sein, daß den BewohnerInnen des Stadtteiles und insbesondere den Betroffenen nicht nur unberechtigt hoher Reichtum nachgesagt, sondern auch noch das moralische Recht abgesprochen wird, sich in irgendeiner Form über die erfahrenen Angriffe zu ereifern.

Verteilt werden sollten die Flugis sowohl an PassantInnen als auch an die BewohnerInnen derjenigen Straßen, die v.a. durch die Angriffe heimgesucht worden sind. Hierbei gilt es natürlich zu berücksichtigen, daß es mehrere Betroffenen-Quartiere geben sollte. (Dies ist allein schon aus sicherheits-technischen Gründen unumgänglich.) Streng dürften jene Flugblatt-Aktionen einerseits ob der mit großer Wahrscheinlichkeit stattfindenden Polizei-Observation sein und andererseits ob der drohenden (durchaus jedoch werbewirksamen) Zusammenstöße mit irgendwelchen BürgerInnen. Des-

halb sollten die Flugblatt-VerteilerInnen immer im Pulk auftreten. Neben den Flugblättern sollten dann noch Plakate und Spuckis verbreitet werden. Auch diese sollten aus sicherheits-technischen Gründen nicht unter dem militanten Anti-Reichtums-Logo daherkommen.

Zweck der Flugblatt-Aktionen

Unmittelbarer Zweck dieser Flugblatt- und Plakat-Aktionen ist ein zweifaches: Erstens soll mittels der hiermit einhergehenden Provokationen abermals Öl ins Feuer geschüttet werden; gleichzeitig soll aber auch der politische Grundcharakter der Kampagne bekräftigt werden: Denn immerhin handelt es sich in dieser Situation um die öffentliche Sichtbarmachung eines bislang nicht-öffentlich abgelaufenen Prozesses. Daß die öffentlich Auftretenden offiziell überhaupt nicht zur militanten Anti-Reichtums-Kampagne gehören, ist hierbei lediglich als juristisch notwendiges Randphänomen zu betrachten; denn auf der politischen Ebene soll ja keine Differenz zur militanten Kampagne aufgebaut werden.

Zweitens ist mit der jetzt einsetzenden Streuung der Anti-Reichtums-Kampagne die Absicht verknüpft, die bisherige Exklusivität der kollektiven Erregungs- und Kommunikationskorridore aufzubrechen. Denn während sich bislang v.a. die unmittelbar Betroffenen in jenen Korridoren bewegt haben, sollten jetzt auch Unbeteiligte einbezogen werden.

Denn dort, wo dies gelingt, beginnt die Reichtumsfrage sich allmählich zu einem allgemein wahrgenommenen Thema zu mausern; und das wiederum wäre

gleichbedeutend mit einer allmählichen Re-Politisierung, die ja eingangs als eine zentrale Voraussetzung dafür bezeichnet wurde, linksradikale Aufklärungs- und Mobilisierungsprozesse überhaupt in Gang setzen zu können.

Hierbei ist es zunächst einmal ziemlich unerheblich, daß sich alle Korridor-TeilnehmerInnen - die alten genauso wie die frisch hinzugestoßenen - in der kompromißlosen Verurteilung der sogenannten TäterInnen einig sind. Denn schließlich kommt es v.a. darauf an, daß irgendwelche BürgerInnen auf der Grundlage entsprechender Bedürfnis-Verletzungen gezwungen werden konnten, ihren Trott aus Wohlstand, Sicherheit und Ordnung zu unterbrechen und sich stattdessen Gedanken über eine eigentlich unhinterfragte Selbstverständlichkeit (ihren Reichtum) machen zu müssen.

Warum funktioniert es?

Entscheidend ist jetzt natürlich die Frage, warum und auf welche Weise mittels öffentlicher Aufklärungsarbeit die Eingemeindung irgendwelcher bislang unbeteiligten BürgerInnen in die Kommunikationskorridore gelingen soll. Vier Antworten mögen hier weiter helfen:

Räumliche Nähe der Teilnehmenden

a) Wichtig ist zuallererst die räumliche Nähe zu den bisherigen Kampagnen-TeilnehmerInnen; denn diese erleichtert es ungemein, einen inneren Bezug zu den Angegriffenen und ihren Gesprächskorridoren aufzubauen, und zwar unabhängig davon, ob die räumliche Nähe mit einer sozialen einhergeht oder nicht. Begründet dürfte diese darin sein, daß

uns dasjenige, was wir kennen und was uns vertraut ist, mehr beschäftigt als irgend etwas vollkommen Unbekanntes, so ist z.B. unsere Aufmerksamkeit von einem eingestürzten Haus in der NachbarInnenenschaft sehr viel stärker in Beschlag genommen als von einem entsprechenden Einsturz zwanzig Straßen weiter. Und dies hat nichts damit zu tun, ob wir irgendeine Person in dem eingestürzten NachbarInnenhaus gekannt haben oder nicht.

Hiervon abgesehen ist es aber auch um so wahrscheinlicher, mit einem der gerade entstehenden Erregungs- und Kommunikationskorridore in Kontakt zu kommen, je größer die räumliche Nähe ist: Denn so ausgedünnt die sozialen Beziehungen auch sein mögen, der nachbarschaftliche Plausch, der gemeinsame Elternabend, der sonntägliche Kirchgang, das Zusammentreffen beim Bäcker oder die gemeinsame Mitgliedschaft im Tennisklub fallen hierdurch noch lange nicht weg, auch wenn kein Zweifel daran bestehen kann, daß solche Netze v.a. von Frauen geknüpft werden. Zusammen ergibt das eine relativ hohe Bereitschaft und sei es nur aus Langeweile oder Lust am Tratsch den Gesprächsfaden der Empörung und Erregung aufzunehmen und weiterzuspinnen.

Bedrohungsgefühl

b) Eine nicht minder wichtige Antriebsquelle, sich an den entsprechenden Kommunikations- und Erregungskorridoren zu beteiligen, dürfte das Bedrohungsgefühl sein, schon in Kürze widerwillens selbst zur Kampagnen-TeilnehmerIn gemacht worden zu sein. Dieses

Gefühl bestärkt nicht nur die Bereitschaft, sich mit den bislang Betroffenen zu identifizieren und deshalb offen für deren Gedanken zu sein, sondern beflügelt auch die Phantasie, wie sich mensch gegen solcherart Angriffe schützen könnte. (V.a. der männliche Jagd- und Verfolgungs'instinkt' dürfte hierbei auf Hochtouren kommen.)

Mediale Erregungstrommel

c) Fernerhin gilt es in diesem Zusammenhang, auch die Rolle der Medien zu berücksichtigen. Denn diese dürften sich der frisch entstandenen Erregungs- und Kommunikationskorridore inzwischen ebenfalls angenommen haben, und damit natürlich auch der zugrunde liegenden Anti-Reichtums-Kampagne. Welches Ausmaß das mediale Interesse bis zu diesem Zeitpunkt erreicht hat, hängt hier bei nicht nur von der Größe der Stadt sowie davon ab, wie stark die Kampagnen-TeilnehmerInnen im Rahmen ihrer Negativ-Erregung bereits die Empörungstrommel in eigener Sache gerührt haben, sondern auch von der Geschicklichkeit, mit der die Kampagnen-BetreiberInnen die Medien von ihrer Warte aus in Kenntnis gesetzt haben.

Unter Geschicklichkeit verstehe ich hierbei v.a. einen witzig und dennoch seriös und prompt daherkommenden Informations-Stil. Konkret bedeutet dies: Gleich nach der Auftakt-Aktion sollte sämtlichen Medien (von den Boulevard-Blättern über die ortsansässigen Lokal-Zeitungen bis hin zu den überregionalen Zeitungen) ein Schreiben zugesandt werden, in dem die politische Stoßrichtung der Kampagne in einem bierernsten

Allerweltston erläutert werden sollte. Dabei sollte das Ganze durchaus ein wenig ausführlicher und grundsätzlicher ausfallen als bei den Kampagnen-TeilnehmerInnen selbst; denn schließlich hat es mensch in diesem Fall mit politischen JournalistInnen zu tun; vor allem muß aber auf Beschimpfungen, scene-üblichen Jargon und krude Grobschlachtigkeiten in Sachen Sozial-Struktur-Analyse verzichtet werden, um auf diese Weise eine allzu voreilige Einordnung in herkömmlich-bekannte Schubladen-Systeme zu vermeiden. Stattdessen sollte sich von Anfang an um das eigentümlich schillernde Image fröhlich-gefährlicher Ernsthaftigkeit bemüht werden. Jene Auftakterklärung sollten zudem die Adressen bzw. Autokennzeichen sämtlicher Kampagnen-TeilnehmerInnen beigefügt werden.

Aktionen durchnummerieren

Alle Folgeaktionen, also auch die Brief-Attacken, sollten dann in durchnummerierten Kampagnen-Rundbriefen festgehalten werden (wieder einschließlich aller Adressen und Autokennzeichen) um diese den unfreiwilligen Partnerzeitungen und -radios der Kampagne zukommen zu lassen. (Allein einem solchen Verfahren dürfte ob seiner Eigenwilligkeit bereits ein eigenständiger Informationswert innewohnen.)

Und trotzdem: Grundsätzlich kann nicht der geringste Zweifel daran bestehen, daß sich der überwiegend große Teil der Berichterstattung zwischen den Polen Hetze und allenfalls sachlich-distanzierter Ablehnung bewegen wird; und dies dürfte Selbst für links-liberale Zeitungen

wie die Frankfurter Rundschau⁴ gelten. In diesem Sinne muß also auf das für den Anti-AKW-Widerstand so hinreichende Eigeninteresse kritischer JournalistInnen erst einmal verzichtet werden.

Dies ist zwar schade, ist aber im Sinne der übergeordneten Zielsetzungen auch nicht weiter schlimm; denn diese besteht ja keinesfalls darin, irgendwelche BürgerInnen im linksradikalen Sinne aufzuklären zu wollen. Nein, beabsichtigt ist doch lediglich, ein soziales und mediales Halli-Galli zu entfachen, auf dessen Grundlage dann Mobilisierungs- und Aufklärungsprozesse im tatsächlich linksradikalen Sinne losgetreten werden können. Ja, und dieses mediale Halli-Gallis kann sich die Kampagne sicher sein, hierfür wird nicht nur die ständige Erregungs-Dynamik der Kampagnen-TeilnehmerInnen sorgen und die ihr zugrundeliegende Stetigkeit in der Aktion, sondern auch die fröhlich-gefährliche Eigentümlichkeit der Kampagne selbst.

Nur negative Berichterstattung unwahrscheinlich

In diesem Zusammenhang sei noch die Vermutung angebracht, daß eine durchgehend unsachliche Negativ-Berichterstattung innerhalb der linksliberalen Presse (FR, taz etc.) eher unwahrscheinlich ist; denn letztlich ist jedem halbwegs kritischem JournalistInnen-Verstand ausdrückliche Unseriosität in der Berichterstattung ein Graus; lieber ignoriert er ein Problem und schweigt sich aus. Wo aber eine solche Strategie ob eines gerade ablaufenden Halli-Gallis, das ein Produkt des Zusammenspiels

zwischen Kampagnen-BetreiberInnen und Kampagnen-Betroffenen ist, nicht möglich ist, dort packt auch die verbocktesten JournalistInnen der links-bürgerlichen Presse der journalistische Geist und damit das Bedürfnis, herausbekommen zu wollen, was und wer sich hinter den so durchgeknallt anmutenden Angriffen steckt.

Bereitschaft für Vermittlung

Doch zurück: Eigentlich bin ich ja dabei gewesen zu begründen, aufgrund welcher Entwicklungen es zu diesem Zeitpunkt möglich sein wird, auch unbeteiligte BürgerInnen in das v. a. Erregungsgesteuerte Gespräch über die Anti-Reichtums-Kampagne einzubinden. Hinsichtlich eben dieser Bereitschaft, sich einbinden zu lassen, sei deshalb noch angemerkt, daß diese durch die mediale Aufmerksamkeit eine enorme Schubkraft erfährt. Dort, wo das persönliche Interesse Aufmerksamkeit und Unterstützung durch die Medien erfährt, kriegt die ganze Angelegenheit noch einmal einen ganz besonderen Kick.

Die lokale Politik versorgen

d) Klinkt sich dann noch die lokale Politik, die es ebenfalls mit Kampagnen-Rundbriefen zu versorgen gilt, in die Erregungsdynamik ein, dann ist dies für bislang Unbeteiligte ein weiterer Grund dafür, am Ball bleiben bzw. dabei sein zu wollen. Ich möchte jetzt zur zweiten Stoßrichtung der Öffentlichkeitsarbeit übergehen: Zur Aufklärungsarbeit in der linken und autonomen Öffentlichkeit.

⁴ Ja, ist lang vorbei... Die gehörten damals der SPD.

Zielsetzungen autonomer Öffentlichkeitsarbeit

Zielsetzung dieser Öffentlichkeitsarbeit ist ein zweifacher: Zum einen gilt es, das nahe und entfernte Nahumfeld mit Informationen über Reichtumsverteilungen und deren Entstehen genauer in Kenntnis zu setzen. Hierbei sollten sowohl grundsätzliche Prozesse angeschnitten werden (z.B. kapitalistische Eigentumsstruktur, Reichtumsverteilungen zwischen den Geschlechtern, Macht- und Legitimationsstrategien etc.) als auch solche Prozesse, die sich auf aktuelle Entwicklungen beziehen (z.B. Reichtumsverteilung nach oben durch Steuerpolitik, verschärfte Ausbeutungsverhältnisse, repressive Sozialpolitik etc.).

Mobilisierung durch Aufklärung

Diesen Informationsprozeß gründlich und praktisch zugleich zu gestalten, ist allein schon deshalb wichtig, um holzschnitt-artige Argumentations- und Begründungsmuster seitens irgendwelcher Kampagnen-Kleingruppen zu unterbinden. Zum anderen sollen mit jenen Aufklärungsprozessen aber auch verschärfte Mobilisierungsprozesse in Gang gesetzt werden. Und dies wiederum ist nicht nur um der Kampagne willen wichtig. Nein, jenes Mobilisierungs-Ansinnen ist auch vor dem Hintergrund formuliert, daß das gerade durch die Kampagne entfachte soziale und mediale Halli-Galli geeignet ist, grundlegende Mobilisierungsprozesse nicht nur in der eigenen Szene, sondern auch und gerade im entfernten Nahumfeld in Gang zu setzen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil jenes Halli-Galli (das ja lediglich Außenseite der Anti-Reichtums-Kampagne ist) konkrete

und unterhaltsame Ein- und Angriffsmöglichkeiten zu bieten verspricht. Und jene Mobilisierungsprozesse wiederum sind die beste Voraussetzung dafür, daß es innerhalb ihrer (also im Rahmen der konkreten Kampagne) zu Radikalisierungs-Prozessen kommt und damit zur Gewinnung neuer MitstreiterInnen, was ja weiter oben zu einer der zentralen Zielsetzungen radikaler Politik erklärt worden ist.

Die Größe des Nahumfeldes

Zur Erinnerung: jenes entfernte Nahumfeld reicht von anpolitisierten SchülerInnen, Azubis und Studis über Polit-KifferInnen, Landfreaks und MusikerInnen bis hin zu engagierten HomöopathInnen, streßgeplagten Kollektiv-SchreinerInnen und ausgepowerten SozialarbeiterInnen. Ausgezeichnet sind jene potentiell Mobilisierungs-Fähigen durch die Eigenschaft, irgendwie links und deshalb empfänglich für linksradikale Standpunkte zu sein, politisches Engagement jedoch nicht (bzw. nicht mehr) auf die Reihe zu kriegen. Und auch gehören zu jenem Spektrum junge Jusos, Grüne, Ökologie- und Friedensbewegte, Jung-Feministinnen, Gewaltfreie, Totalverweigerer etc., also solche Leute jüngeren Alters, die bereits politisch aktiv geworden sind, hinsichtlich deren politischer Identität aber noch alles offen ist.

Faktoren erfolgreicher Mobilisierung

Von den grundsätzlichen und weiter oben bereits ausführlich erörterten Ablauf-Mechanismen einmal abgesehen, ist für das Gelingen einer solchen Nahumfeld-Mobilisierung aber auch das Vorhandensein ganz spezifischer Bedingun-

gen erforderlich: Erstens bedarf die Kampagne auch in den Augen der Anzubahilfenden ein positives Image. Dies scheint mir ein absolutes A&O zu sein; denn dort, wo der Eindruck entsteht, die Anti-Reichtums-Kampagne bestünde lediglich aus herz- und humorlosen Polit-ZynikerInnen, wird es kaum möglich sein, irgend jemanden hinter 'm Ofen hervorzulocken. Denn derartiges Gebaren wirkt grundsätzlich abstoßend und abturnend! In diesem Sinne sind die lustigen, außergewöhnlichen und bizarren Elemente der Kampagne in erster Linie als Sympathiebotschaften für diejenigen gedacht, deren Aufmerksamkeit es letztlich zu erregen gilt.

Auf Tuchfühlung gehen

Zweitens werden die Aufklärungs-, Mobilisierungs- und Radikalisierungs-Bemühungen nur dann vom Erfolg gekrönt sein, wenn es den autonomen Kampagnen-AktivistInnen gelingt, wirklich Tuchfühlung mit den entsprechenden Spektren aus dem entfernten Nahumfeld aufzunehmen. Hierfür gilt es vor allem, gezielt Kontakte und Beziehungsnetze aufzubauen. Dies mag zwar Extra-Arbeit sein, ist aber dennoch unerlässlich. Andernfalls droht mensch, sich um die Früchte ihrer bzw. seiner Arbeit zu bringen! Umgekehrt sei aber auch angemerkt, daß gezieltes Anagitieren gar nicht so mühevoll ist; zumindest ist dies dann der Fall, wenn die Agitation vor dem Hintergrund bereits entfachter Empörungs- und Aufmerksamkeitsströme stattfindet; denn hierdurch (und das ist ja der ganze Witz dieser Ströme) sind die Anzuagitierenden, also diejenigen, um deren Radikalisierungswohl es eigent-

lich geht, bereits innerlich angestachelt und deshalb motiviert, in irgendeiner Form aktiv zu werden.

Konkrete Aktionsangebote

Und Drittens: damit sich dieses Angestachelt-Sein allerdings entfalten kann, müssen die Mobilisierungsbemühungen mit konkreten Aktions-Angeboten einher gehen; seien es solche, in die sich nur noch eingeklinkt werden muß oder solche, die der Eigeninitiative bedürfen. Gerade in diesem Zusammenhang ist es jedoch wichtig, keine Aktionsformen von vornherein auszuschließen, auch nicht diejenigen, die aus Sicht der Kampagnen-BetreiberInnen zu lieb und harmlos erscheinen, als daß sie imstande wären, das Wachsen der kollektiven Erregungs- und Kommunikationskorridore anzuheizen. Hierhinter steckt die Überlegung, daß es einfach nichts bringt, irgendeiner Person Aktionsformen aufzudrängen, mit der diese nichts anfangen kann; denn dies führt nicht nur zur Ausgrenzung und damit zur Nicht-Mobilisierung, sondern auch dazu (und das ist noch schlimmer) Selbstzweifel zu sähen und hierdurch die Betroffenen zu Selbst-Zumutungen zu verleiten, die ihnen früher oder später auf die Füße fallen.

In der Praxis ist auch vielen Autonomen militantes Handeln ungeheuer, selbst wenn sie solches gedanklich und emotional unterstützen mögen. In diesem Sinne sei ausdrücklich dafür plädiert, im Rahmen besagter Mobilisierungsprozesse jede Aktionsform zuzulassen: von der Kundgebung über das künstlerische Happening bis zum Straßentheater. Denn solange das konfrontative und mi-

litante Grundprogramm durchgezogen wird, kann die Kampagne von einer solchen Vielfalt nur profitieren, nicht aber Schaden nehmen. In diesem Zusammenhang sei auch noch die These formuliert, daß vor dem Hintergrund kollektiver Empörung und Aufgeheiztheit durchaus auch solche Aktionen wirkungsvoll sein können, die ansonsten eher zahn- und kraftlos wären.

Schritt IV. Allmähliche Eskalation

Zeitgleich mit dem Beginn der Öffentlichkeits- und Mobilisierungsarbeit sollte die Kampagne eine leichte Eskalation erfahren, und zwar dadurch, daß verstreut über die gesamte Stadt günstig gelegene Reichtums- bzw. Status-Symbole angegriffen werden. In erster Linie denke ich hierbei an das Abfackeln von edleren Autos, Jachten etc.; genauso gut denkbar ist aber auch die Zerstörung kollektiver Freizeiteinrichtungen wie Tennis- und Jachtclubs. Damit diese Angriffe allerdings keine vereinzelt bleiben, ist es abermals erforderlich, Beziehungen zwischen den neuen und alten Kampagnen-TeilnehmerInnen herzustellen. Dies sollte (wie oben bereits beschrieben) v.a. schriftlich erfolgen.

Medien informieren

Darüber hinaus sollten auch die Medien in Kenntnis gesetzt werden: Auch dies sollte in der bereits beschriebenen Weise stattfinden, d.h. beiläufig, witzig und ernst zugleich. Ziel dieser Eskalation ist es nicht, neue Erregungs- und Kommunikationskanäle zu schaffen, was ja ob der Verstreutheit der getroffenen Objekte auch gar nicht so einfach möglich wäre. In diesem Sinne sind die neuen

Kampagnen-TeilnehmerInnen völlige StatistInnen; HauptdarstellerInnen sind dagegen die alten Hasen und Häsinnen, auf die die Eskalation eigentlich gemünzt ist. Denn mit Hilfe ihrer schon bestehenden Korridore werden sie die nunmehr gesteigerten Anschläge sofort auf sich selbst beziehen. Stein ihres Anstoßes wird demzufolge nicht der Sachschaden irgendwelcher Fremden sein, sondern vielmehr die Angst, daß dasselbe auch ihnen passieren könnte. Ausdruck wird ihr erneut angefeuertes Angestoßen Sein v.a. in noch lauterer Forderungen finden, der Staat möge dem Spuk doch endlich ein Ende bereiten. Aber auch Staat und Medien dürften auf jene Eskalation reagieren, und zwar nicht zuletzt ob besagter BürgerInnen-Proteste; insbesondere die boulevardesken Revolverblätter sowie nicht minder revolverhafte Rechtsausleger aus CDU und SPD werden all dies als einen willkommenen Anlaß begreifen, einmal mehr ihr eigenes Süppchen zu kochen, mit der Möglichkeit, daß dies innerhalb des bürgerlichen Lagers weitere Debatten entfacht und hierdurch der Kampagne einen ungewollten Werbe-Effekt beschert.

Zwei Anmerkungen scheinen mir erforderlich zu sein: 1. Die Verstreutheit der Angriffe ist ausschließlich sicherheitstechnischen Überlegungen geschuldet; der Ausgangsstadtteil dürfte nämlich in der Zwischenzeit ein zu heißes Pflaster für derartiges Tun geworden sein.

2. Daß jene Verstreutheit keine wirkliche Verstreutheit ist, ist ausschließlich darin begründet, daß zum Zeitpunkt des An-

schlages bereits ein kommunikativer Brennpunkt vorhanden ist, der, gleichsam einem Strudel, die verstreuten Anschläge bündelt und dadurch als zusammengehörige erkennbar macht. Die Einzelanschläge müssten sich also nicht als vereinzelte einzelne vermitteln, was m.E. sowieso nicht möglich ist, sondern könnten vielmehr mit Hilfe der bereits existierenden Wissens- und Aufmerksamkeitsströme sofort gerahmt und verarbeitet werden. Angemerkt sei hierzu nur noch, daß die Nicht-Zurkenntnisnahme solcher und ähnlicher Zusammenhänge einer der wichtigsten Gründe dafür ist, daß viele Anschläge aus autonomen Zusammenhängen schlicht und einfach im Sande verlaufen, ohne hierbei jedoch das Prädikat der Widerständigkeit für sich in Kauf nehmen zu dürfen.

Schritt V: Knallige Provo- und Schockaktionen

Ebenfalls zeitgleich mit der forcierten Öffentlichkeits- und Mobilisierungsarbeit sollte aber auch der Ursprungsstadtteil der Kampagne nicht aus den Augen verloren werden, zumal ja durch die Öffentlichkeitsarbeit gerade dort eine allgemeine Ausweitung der kommunikativen Erregungs- und Empörungswellen erzielt werden soll. Aus sicherheitstechnischen Gründen kann dies allerdings nur in eingeschränktem Maße militant vonstatten gehen.

Gefragt sind stattdessen möglichst knallige Provo- und Schock-Aktionen. Einige Beispiele mögen der diesbezüglichen Phantasie Vorschub leisten:

- **Massenhafte Kirchenbesuche:** die schlichteste Version dieses Happenings könnte darin bestehen, mit hundert bis zweihundert Leuten irgendwelche Gottesdienste im betreffenden Stadtteil zu besuchen und durch nichts anderes zu glänzen als durch Anwesenheit und absolut schrilles bzw. abgeranztes Outfit. Allein die Spannung darüber, ob etwas passiert oder nicht, dürfte eine solche Gottesdienst-Teilnahme zu einem ausgesprochen einprägsamen Erlebnis für die regulären Gottesdienst-BesucherInnen machen. Jene Massenbesuche könnten in der Folgezeit variiert werden, sollten aber grundsätzlich unterhalb der Schwelle des Gesetzesbruches bleiben; denn der Witz solcher Besuche bestünde ja gerade darin, diese über einen Zeitraum von drei bis sechs Wochen aufrecht zuerhalten, um auf diese Weise auch den Gottesdienstbesuch zu einem Brennpunkt der Empörung und Kommunikation zu machen. Besagte Variationen könnten a) subversives Stören sein (z.B. ständiges Hüsteln, falsches Singen, geräuschreiches Zu-Spät-Kommen bzw. verharrendes Stehenbleiben nach dem stillen Gebet etc.) oder b) das Tragen von gut sichtbaren Anti-Reichtums-Bibelstellen auf den Kleidern oder c) die plötzliche und laute Inszenierung eines Konfliktes zwischen zwei Punks und einem vermeintlichem Bürger etc. Denkbar wären aber auch größere Bettel-Blockaden, bei denen hundert bis zweihundert bettelarm gekleidete AktivistInnen vor und in der Kirche aufdringlich und aggressiv nach Geld für die Armen dieser Welt betteln. Ja, und schließlich wäre natürlich auch am Ende des Kirchen-Aktions-Zyklus die happening-artige

Sprengung eines Gottesdienstes durch religiöse Ekstasen, spontane Laienpredigten u.a. denkbar. Ergänzt sei noch, daß etwaige Konfrontationen mit den Bullen z.B. dadurch, daß diese die Eingänge kontrollierten, einen zweifelsohne klasse Werbe-Effekt darstellen würden.

- **provokatives Herumvagabundieren:** Auch diese Aktionsform verfolgt das Ziel sanften Psychoterrors, mit dem lediglich das allgemeine Gespräch am Leben erhalten bleiben soll. Dies geschieht in diesem Falle dadurch, daß am laufenden Meter (am besten am Wochenende und in den frühen Abendstunden) irgendwelche abgewrackt und düster daher kommenden Gestalten durch einige wenige Straßen streichen und sich dort verdächtig verhalten, z.B. durch das Aufschreiben von Autokennzeichen bzw. Namensschildern oder das genaue Abfotografieren von Privathäusern.

- **Massenspaziergänge mit Kundgebungen vor Privathäusern:** Auch hier geht es in erster Linie um Verunsicherung. Erzeugt werden könnte diese dadurch, daß mehrere Dutzend Menschen regelmäßig Sonntagnachmittag-Spaziergänge unternehmen. Hierbei könnten dann vor bestimmten Häusern immer wieder Redebeiträge verlesen werden, in denen nicht nur die Namen, sondern auch die Berufe der BewohnerInnen bekannt gegeben werden, um von dieser Grundlage ausgehend kleinere Vorträge über Macht-, Prestige- und Einkommensverteilungen loszulassen, und zwar immer in Abhängigkeit von den je bestimmten BewohnerInnen.

- **Sleep-In's:** Schlafen vor den Palästen der Reichen: Ab etwa 6 Uhr, also etwa ein bis drei Stunden, bevor es mit Schule, Arbeit etc. los geht, sollten sich ebenfalls abgewrackt daher kommende Schlaf-Guerillas vor irgendwelchen Haus-Eingängen, Garagen und Tor-Einfahrten niederlassen. Diese Schlafblockaden könnten durch dezente Müllhäufchen aus Dosen, Flaschen, Verpackungsschrott etc. ergänzt und hierdurch in ihrem Provokationsgehalt deutlich erhöht werden.

- **Tortenangriffe:** Diese aus den USA stammende Methode, bei der v.a. in den 70er und 80er Jahren irgendwelchen Prominenten vor laufenden Kameras Torten ins Gesicht geschmissen bzw. gedrückt worden sind, könnte in leicht abgewandelter Form (nämlich risikoärmer) auch bei der Anti-Reichtums-Kampagne zum Zuge kommen: So könnte z.B. irgendwelchen ChefärztInnen im großen Pulk aufgelauert werden, um ihnen dann eine entsprechende Torte zu verpassen. Zusammen mit entsprechenden Erklärungen würden anschließend die selbst aufgenommenen Photos vom rundherum torten-verschmierten Chefarzt an die Medien, die Lokalpolitik, die NachbarInnen, andere Kampagnen-TeilnehmerInnen etc. verschickt werden.

- **Fakes & Fälschungen**
Kommunikationsguerilla: Unter der Voraussetzung, daß die allgemeine Situation allumfassend aufgeheizt ist, sind gerade Fakes & Fälschungen besonders geeignete Mittel, die Gemüter in weitere Wallungen zu versetzen und hierdurch zu einer richtiggehenden Überhitzung

der Empörungs- und Kommunikationskanäle beizutragen. So könnte z.B. allen bisherigen Kampagnen-TeilnehmerInnen sowie weiteren eher verstreut liegenden Haushalten ein Schreiben des SPD-Ortsvereins zugesandt werden. Die Adressen der Kampagnen-TeilnehmerInnen hätte der Ortsverband laut eigener Auskunft den Adressenlisten entnommen, die ja von den Kampagnen-BetreiberInnen regelmäßig verschickt werden sollten.

In diesem Brief werden die Aktionen der Kampagne zwar klipp und klar verurteilt, die Verantwortung für das Ganze jedoch der Bundesregierung zugeschoben. Begründet würde dies mit Steuer- und sozialpolitischen Argumenten aus der links-sozialdemokratischen Ecke. Am Ende des Schreibens würden die BürgerInnen auch noch dazu aufgefordert werden, die Angriffe nicht so sehr als persönliche Verletzungen aufzufassen, sondern vielmehr als eine Aufforderung, in einen konstruktiven und gewaltfreien Dialog über die Weiterentwicklung des bundesdeutschen Sozialstaates einzutreten. Ich glaube, es bedarf nicht besonders viel Phantasie, sich auszumalen, in welcher Weise ein solcher Brief (so denn er ein gut gemachter wäre) imstande sein würde, Stürme der Entrüstung herbei zu provozieren.

Ähnliches wäre aber auch mit einem semi-faschistischen Brand-Brief des CDU-Ortsvereins erzielbar, in dem drakonische Maßnahmen gegen die terroristischen Gewalttäter eingefordert wird, in dem aber auch ausgesprochen skandalträchtige Formulierungen und Über-

spitzungen enthalten sind, z.B.: "...die Gewalttäter, die sich größtenteils aus sog. Autonomen, Homosexuellen, Punks und kriminellen Ausländern zusammensetzen...". Zur Zielsetzung sei noch angemerkt, daß nicht nur die Briefe selbst sondern auch die anschließenden Dementis, die wahrscheinlich ja einer sehr viel größeren Auflage verteilt werden würden als die entsprechenden Fakes, den Bekanntheitsgrad der Kampagne enorm steigern würden.

- Schließlich sei noch erwähnt, daß natürlich auch in dieser Phase die Brief-Attacken in allen nur erdenklichen Variationen fortgesetzt werden können.

So aktionistisch und irgendwie abwegig die gerade aufgelisteten Aktionen auch anmuten mögen, so wichtig sind sie für die Gesamtkampagne nichtsdestotrotz:

Erregungskorridore schaffen

1. Zunächst einmal sind jene Aktionen für die Verbreiterung der kollektiven Erregungs- und Kommunikationskorridore unabdingbar. Denn anders als die bisherigen Aktionen zielen diese nicht mehr auf die Verletzung weniger Einzelinteressen ab, sondern vielmehr darauf, die Interessen größerer Bevölkerungskreise in Mitleidenschaft zu ziehen und hierdurch die Anzahl der Kampagnen-TeilnehmerInnen enorm in die Höhe schnellen zu lassen.

Anknüpfungspunkte für neu Mobilisierte schaffen

2. Jene Aktionen sind aber auch deshalb bedeutsam, weil sie den Frisch-Mobilisierten konkrete Anknüpfungspunkte

bieten, sich aktiv in die Kampagne einzuklinken. In diesem Zusammenhang sei noch einmal an die bereits erläuterte These erinnert, daß praktisches Tun sowie das Gefühl, hierdurch irgend etwas bewirken zu können, für viele Menschen eine wichtige Voraussetzung dafür ist, sich ernsthaft mit gesellschaftskritischen Perspektiven und Lebensweisen auseinandersetzen zu können, anstatt sofort von dem Gefühl überrollt zu werden, letztlich doch sowieso an den versteinerten Verhältnissen scheitern zu müssen.

Wirksamkeit durch die Gesamtheit

3. Fernerhin ist auch noch zu berücksichtigen, daß es nicht die einzelnen Aktionen in ihrer jeweiligen Einzelheit sind, die es vermögen würden, irgendwelche politischen Effekte hervorzubringen. Im Gegenteil: Politische Wirksamkeit entfalten jene Aktionen erst in ihrer Gemeinsamkeit. Dies zu berücksichtigen, ist deshalb wichtig, weil hierdurch ein Licht darauf geworfen wird, daß der politische Effekt einer Aktion in erster Linie von der Möglichkeit abhängig ist, eben diese Aktion in bereits bestehende Aufmerksamkeits- und Kommunikationskorridore einzuspeisen und daß deshalb der Nutzwert so mancher Groß-Aktionen kleiner ausfallen dürfte als derjenige irgendwelcher Nadelstiche, die eindeutig als Angehörige einer Kampagne zu erkennen sind. (Daß für den Erfolg einer solchen Kampagne Groß-Anschläge unentbehrlich sind, ist hierdurch jedoch mitnichten in Frage gestellt!)

Direkte Konfrontation stresst

4. Schließlich ist noch festzuhalten, daß den Provo-Aktionen ein nicht unerhebliches

Streßmoment innewohnt: Anders als bei den bislang unternommenen Schritten werden dort die Kampagnen-BetreiberInnen nämlich erstmalig mit der Möglichkeit konfrontiert sein, den Kampagnen-TeilnehmerInnen von Angesicht zu Angesicht gegenüber zu stehen, also auch solchen Leuten, die schlicht und einfach sympathisch sind und vor denen es einer bzw. einem so richtig peinlich ist, als AgentIn einer bizarr anmutenden Kampagne unter die Augen zu treten.

Zweifelsohne, diese Erfahrung ist als solches ein neues und deshalb anstrengendes Unterfangen. Denn im Kern ist autonome Politik bis heute v.a. auf die Begegnung mit solchen Menschen spezialisiert, die unschwer als Arschlöcher zu identifizieren sind und deren Bekämpfung deshalb keine Skrupel im Wege stehen. (Zu dieser Kategorie gehören Bullen und Faschos genauso wie PolitikerInnen, BonzInnen oder bekannte EinzeltäterInnen wie Wiglaf Droste⁵). Bedeutsam (nicht zuletzt im selbst-aufklärerischen Sinne) scheint mir jene Verkomplizierung vor allem deshalb zu sein, weil hierdurch einmal mehr ein Licht darauf geworfen wird, was für ein vielschichtiges und v.a. widersprüchliches Unternehmen es ist, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit ernsthaft in Frage stellen zu wollen, anstatt sich immer nur mit ihren fiesesten Abkömmlingen zu beschäftigen bzw. mit ihren offensicht-

5 Wiglaf Droste (gest. 2016) war ein Berliner Satiriker, der u.a. in der taz und der Jungen Welt schrieb. Drostes Lesungen wurden Mitte der 1990er Jahre im Rahmen der Kampagne „Missbrauch mit dem Missbrauch“ mit Pädophilie- und Vergewaltigungsvorwürfen begleitet und auch durch Mahnwachen, Buttersäureanschläge, Steckbriefe usw. gestört. Vgl. Henschel, Gerhard: Droste aufs Maul! In: taz, 17.5.1995. Im Internet unter <https://taz.de/!1508591/>

lichsten Entgleisungen und Ungerechtigkeiten.

Schritt VI: Eine karneval-artige Spott-Demo

Grundsätzlich dürfte in der Zwischenzeit von der Existenz ziemlich fundamentaler Aufmerksamkeits- und Kommunikationskorridore ausgegangen werden. Vor allem kann auch davon ausgegangen werden, daß die allgemeine Diskussions- und Auseinandersetzungsbereitschaft zusätzlich noch durch den Umstand eine Stärkung erfahren haben dürfte, daß sich die direkt bzw. indirekt Betroffenen keineswegs in der grundsätzlichen Bewertung der Kampagne einig sein werden, auch wenn die empörte Zurückweisung der Angriffe weiterhin ein Fluchtpunkt der Gemeinsamkeit sein dürfte.

Denn selbstredenderweise ist das BürgerInnentum alles andere als ein von Einheitlichkeit geprägter Block. Seine Spannbreite reicht vielmehr von der links-bürgerlichen Alternativ-Szene über Super-Normale und v.a. unpolitische Wohlstandliberale bis hin zum konservativ-gehobenen BürgerInnentum. Genau eine solche Ausgangssituation erscheint mir nunmehr eine richtig gute Voraussetzung für die Durchführung einer Demo zu sein, und zwar nach Möglichkeit in dem betroffenen Kampagnen-Stadtteil selbst.

Denn anders als unter normalen Bedingungen, die vor allem von dem Versuch der allgemeinen Bevölkerung gekennzeichnet sind, Demos und ähnliche Störfried-Veranstaltungen geschickt und un-

behelligt zu umkurven, dürfte einer solchen Demo von vornherein die allergrößte Aufmerksamkeit beschieden sein, und sei es nur dadurch, daß es eine wahre Flut von Verbotsanträgen und ähnlich gelagerten Einwüfen hageln wird.

Ganz im Sinne der bisherigen Kampagnen-Strategie sollte die Demo allerdings als Happening inszeniert werden. Denn dies ist nicht für nur die Aufrechterhaltung des fröhlich-gefährlichen Images und die damit direkt bzw. indirekt verknüpften Mobilisierungsprozesse bedeutsam sondern auch für die Beförderung der allgemeinen Demo-Stimmung und damit für die Bereitschaft ihrer TeilnehmerInnen, sich auch zukünftig in die Kampagne einzuklinken. Konkret möchte ich deshalb eine karnevalartige Spott-Demo vorschlagen, auf der die Beteiligten sämtlichen ihrer Armuts- und Reichtumsphantasien so richtig freien Lauf lassen sollten. Vorbild hierfür könnten der CSD, die Anti-Papst-Demo oder die Auslach-Parade des Militärs sein.

Konfrontative Elemente einbauen

Die hierdurch erzeugte Festtagsstimmung sollte aber auch durch ausdrücklich konfrontative Elemente durchsetzt sein. So könnte z.B. die weiter oben bereits geschilderte Taktik der Verunsicherung dadurch fortgesetzt werden, daß vor einzelnen Häusern Namen und Berufe der entsprechenden BewohnerInnen mit der Aufforderung bekanntgegeben werden würden, sich diese doch bitte genauestens zu notieren. (Solche und andere Drohgebärden müßten allerdings hinsichtlich ihrer potentiellen Wirkung auf Kinder noch einmal exakt überdacht

werden; denn diese könnten einen sich feix-tanz-artig vor ihrer Haustür gebärdenden Karnevalszug schnell in einen falschen Hals bekommen, zumindest dann, wenn sich dieser kreischende und johlende Zug aus BonzInnen, Armen und Verrückten auch noch ausdrücklich auf die von ihnen bewohnte Häuslichkeit beziehen würde.)

In welchem Sinne eine solche karnevalartige Demo-Parade sehr viel mehr geeignet ist als klassisch daherkommende Polit-Demos, das nahe und entfernte Nahumfeld zu mobilisieren (was ja in letzter Konsequenz das vorrangige Ziel aller Bemühungen sein sollte) dürfte auf der Grundlage der bisherigen Ausführungen keiner weiteren Erläuterungen mehr bedürfen. Deshalb sei nur der Gedanke angebracht, daß es gerade der Spott sein wird, sowie die Erdreistung, nach all dem Unbill auch noch Demos zu veranstalten, welcher die BürgerInnen zusammen mit den Medien abermals erbeben lassen wird, mit der Konsequenz, daß der Anti-Reichtums-Kampagne ein erneuter Aufmerksamkeits- und damit Mobilisierungsschub beschieden sein dürfte.

Krawall vor und nach der Demo

Ergänzt sei schließlich noch das Folgende: Ein mit Sicherheit toller Werbegag für die Kampagne dürfte darin bestehen, drei bis vier Tage vor der Demo einige so richtig spektakuläre 'Dinger' zu drehen. Hierzu könnten geeignete Behinderungen des Personenzugverkehrs genauso gehören wie Brandanschläge auf Autos, Club-Gebäude, leerstehende Villen, Supermärkte etc. Denn letztlich

dürften an einem solchen Zeitpunkt die allgemeinen Aufmerksamkeits- und Interessenschaltungen so ausgerichtet sein, daß jeder Brüller sofort im richtig gemeinten Sinne zur Kenntnis genommen werden würde.

Sollte allerdings die Gefahr bestehen, die Demo durch einen derartigen Paukenschlag ernsthaft in Frage zu stellen (woraus ein relativ hoher Bekanntheits- und Umstrittenheitsgrad der Demo-Parade geschlußfolgert werden könnte) dann wäre es wohl besser, entsprechende Aktionen erst im unmittelbaren Anschluß an die Demo in die Tat umzusetzen.

Die Ambivalenz von Demos

Zur Demo sei noch das Folgende angemerkt: Mein Vorschlag, eine karnevalartige Spottedemo zu veranstalten, möchte ich keineswegs mit der Behauptung gleichgesetzt wissen, daß herkömmliche Demos prinzipiell überholt wären. Nein, worum es mir vielmehr geht, ist die These, daß herkömmliche Demos unter den gegenwärtigen Umständen eine eher zwiespältige Angelegenheit darstellen. Begründet ist dies zunächst einmal in ihrer aktuellen Kleinheit einerseits und in der ausgefuchsten Routine andererseits, mit der es die meisten Menschen mittlerweile verstehen, politischen Protest in irgendeinem ihrer Wahrnehmungsfiler untergehen zu lassen.

Diese Kunst der Ausfilterung würde sicherlich weniger erfolgreich ausfallen, wenn die Demos größer wären; denn dann könnten sich (möglicherweise mit Hilfe militanter Auseinandersetzungen) sehr viel leichter Interessens-Verletzun-

gen bzw. Aufmerksamkeits-Besetzungen größeren Ausmaßes ergeben. Das aber ist nicht so; gegenwärtig sind Demos eher armselige Häufleins, die zwar physische Ereignisse im öffentlichen Raum verkörpern mögen, nicht aber soziale, und die deshalb nicht imstande sind, mobilisierungs-trächtige Wirkungen zu entfalten.

Darüber hinaus sind Demos in der heutigen Zeit aber auch ob ihrer Nicht-Eingebettetheit zum Scheitern verurteilt, also deshalb, weil den allermeisten Menschen (vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Filtersysteme und damit auch vor dem Hintergrund ihrer derzeitig vorherrschenden Neigungen zur Vergleichültigung) schlicht und einfach die Voraussetzungen fehlen, mit den direkten und indirekten Botschaften einer Demo irgend etwas anfangen zu können.

Falsch wäre es nunmehr jedoch, hieraus den Schluß zu ziehen, daß alles wieder im Lot wäre, sobald die je erforderlichen Einbettungen geleistet werden könnten. Denn hierdurch wären die beiden anderen Probleme (diejenigen der Kleinheit und Routine) ja noch keinesfalls gelöst, auch wenn kein Zweifel darüber bestehen dürfte, daß im Falle der Anti-Reichtums-Kampagne auch eine normale Demo die Gemüter ziemlich zum Köcheln bringen könnte. Zusammen mit den bereits aufgelisteten Gründen ist das auch der entscheidende Grund dafür, daß ich auf meine karnevalartige Spottedemo erst einmal nicht verzichten möchte.

Grundsätzlich folgt hieraus, daß die traditionelle Demo um so erfolgsversprech-

ender ist, je größer und je eingebetteter bzw. kontextbezogener sie ist. Kontextbezogenheit setzt allerdings ein kampagnen-förmiges Vorgehen voraus, dessen Ziel immer wieder darin bestehen muß, durch die Herbeiprovozierung öffentlicher Empörungs- und Kommunikationskorridore diejenigen Bezüge herzustellen, die Voraussetzung dafür sind, Demos im bereits ausführlich beschriebenen Sinne zu mobilisierungs- und aufklärungswirksamen Ereignissen zu machen.

Hieraus folgt indessen, daß Demos prinzipiell als Zwischenstationen ziemlich komplexer Handlungszusammenhänge zu begreifen sind, zumindest ist das dann der Fall, wenn die Demo nicht nur dem Zwecke gewidmet sein soll, den Selbstaufklärungsprozeß ihrer TeilnehmerInnen zu befördern. Genau das geschieht jedoch nur in den allerwenigsten Fällen; vielmehr wird immer wieder die Energie in demonstrative Einzelkür-Veranstaltungen gesteckt, die sich v.a. dadurch auszeichnen, das Image totaler Harmlosigkeit zu versprühen und hierdurch nicht im Geringsten geeignet sind, einen Beitrag zur Linderung der aktuellen Misere zu leisten.

Schritt VII: Die Wiederkehr der Klassiker

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden (andernfalls wäre das gesamte Kampagnen-Unterfangen ein sinnloses) daß die Kampagne mit jedem weiteren Schritt ihren Bekanntheitsgrad erhöht. Je bekannter eine Kampagne aber ist, desto stärker sollte die gesamte Palette traditioneller Aktionsformen zum Zuge kommen, und zwar zunehmend auch jenseits

der direkt betroffenen Kampagnen-Stadtteile. Denn je höher der Bekanntheitsgrad ausfällt, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß die entsprechenden Aktionen von der Kundgebung über das Flugblatt bis zur Sprüherei in ihrem tatsächlichen Bedeutungsgehalt entziffert, d.h. bezogen und hierdurch eingeordnet werden können.

Ist das aber der Fall, dann hat dies zur Folge, daß immer mehr Menschen über die Kampagne und ihren Gegenstand reden, diskutieren und streiten und hierdurch unwillkürlich nicht nur dafür sorgen, daß sich die ehemals schmalen Kommunikationskorridore immer stärker zu auch medial vermittelten Kommunikationsteppichen ausweiten, sondern auch dafür, daß mit Hilfe eben jener teppichartigen Allgegenwärtigkeit der Kampagne Mobilisierungseffekte im nahen und entfernten Nahumfeld gezeitigt werden können. Angemerkt sei hierzu nur noch, daß das Zustandekommen besagter Kommunikationsteppiche auch durch eher ungewöhnliche Maßnahmen wie unsichtbares Theater oder irgendwelche Happenings gefördert werden kann.

Denn letztlich dürften sich vor dem Hintergrund eben jener Teppiche selbst kleine und kleinste Aktionen von der Gewißheit getragen wissen, daß sie nicht spurlos verpuffen werden. Dies scheint mir insbesondere hinsichtlich derjenigen AktivistInnen bedeutsam zu sein, die es vorziehen, aus welchen Gründen auch immer, in ihren eigenen Aktionen das Konfrontations- und Eskalationsniveau niedrig zu halten. Neben dieser Vervielfältigung der Aktionsformen-Instrumentariums sollte in dieser Phase der Kampagne aber auch gezielte Bündnisarbeit betrieben werden; denn letztlich sind die Autonomen bei weitem nicht die einzigen Menschen, die die aktuellen Verteilungsverhältnisse kritisch begutachten, auch wenn sie zu der immer kleiner werdenden Fraktion derjenigen gehören mögen, die sich nicht nur mit Verbesserungen innerhalb des herrschenden Status quo zufrieden geben möchten.

Nein, das kritische Gespräch über ungerechte Verteilungsverhältnisse ist eines, welches auf die eine oder andere Weise in ganz verschiedenartigen Institutionen und Zusammenhängen beheimatet ist: von den Grünen über die Gewerkschaften bis hin zur protestantischen Kirche. Dies zu berücksichtigen, ist nicht nur deshalb bedeutsam, weil die Existenz solcher zumeist teil-öffentlichen Kritikkorridore die allgemeinen Ziele der autonomen Anti-Reichtums-Kampagne enorm befördern können. Sei es unfreiwilliger Weise, denn schließlich bearbeitet mensch dieselbe Problematik, oder sei es deshalb, weil irgendwelche Gewerkschafts-Heinis sich gezwungen sehen, aus Angst, ihre ureigensten Anliegen könnten in Mißkredit geraten, zusammen mit irgendwelchen MedienvertreterInnen entsprechende Abgrenzungen, Verurteilungen oder Richtigstellungen vom Stapel zu lassen.

Bündnisse aufbauen

Zu bedenken gilt es hierbei allerdings, daß solcherart unfreiwilliger Unterstützung, deren Ablaufmechanismen weiter oben schon geschildert wurden nur in ei-

nem fortgeschrittenen Stadium der Kampagne zu erwarten sind. Nein, die Existenz eben jener Kritik-Korridore – deren politischer Gehalt in der Regel weniger radikal ausfallen dürfte als derjenige der Anti-Reichtums-Kampagne - ist auch deshalb wertvoll, weil sich auf diese Weise überhaupt erst die Chance ergibt, Bündnisse aufzubauen.

Dabei dürfte es sich von selbst verstehen, daß es autonomer Politik nicht in erster Linie um irgendwelche reformistischen Veränderungen gehen sollte, so wie das bei nicht-radikalen Bündnissen unweigerlich der Fall ist. Solche Verbesserungen sind zwar wichtig und sollten gerade im Hinblick auf die direkt Betroffenen alles andere als gering geschätzt werden, sollten aber dennoch nicht das hauptsächliche Interesse dafür abgeben, sich mit irgendwelchen reformistischen Kräften gemein zu machen. Nein, der Grund für solcherart Bündnis-Aktivität ist aus meiner Sicht ein ganz anderer: Bündnisse sind nämlich derjenige Ort, an dem es mit am leichtesten ist, mit eben jenem entfernten Nahumfeld zusammen zu kommen, um das es schon die ganze Zeit gegangen ist.

Konkret bedeutet dies, daß autonome Bündnisarbeit v.a. den Zweck verfolgen sollte, im Rahmen dieser Arbeit linksradikale Aufklärungs- und Mobilisierungsprozesse in Gang zu setzen. Dieses instrumentelle Anwerbungsmotiv ist in meinen Augen das einzige realistische Teilnahme-Interesse.

Nicht realistisch ist es hingegen, davon auszugehen, durch linksradikale Beteili-

gungen könnten irgendwelche radikalen Inhalte in ein entsprechendes Bündnis hereingetragen werden. Denn dies ist aus prinzipiellen Gründen unmöglich, wie ich hoffe, im Abschnitt 4 hinreichend plausibel gemacht zu haben. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei jetzt noch darauf hingewiesen, daß Bündnisse zwar einen besonders geeigneten Ort, zur Kontaktaufnahme mit dem entfernten Nahumfeld darstellen, keineswegs jedoch der einzige Weg sind, neue MitstreiterInnen aus eben diesem Umfeld zu gewinnen.

Vielmehr handelt es sich bei besagtem Weg um eine Extra-Chance, auf die nur unter der Bedingung zurückgegriffen werden sollte, daß sich noch während der Anti-Reichtums-Kampagne (ob durch diese ausgelöst oder nicht) irgendwelche Menschen aus dem links-reformistischen Spektrum zusammen tun, um gegen die derzeitig vorherrschenden Verteilungsverhältnisse etwas auf die Beine zu stellen.

Schritt VIII: Kampagnenvernetzung

Der Schwung, in dem sich die Anti-Reichtums-Kampagne spätestens seit der Demo befinden dürfte, sollte allerdings auch für die Eröffnung neuer Kampagnen genutzt werden. Denn letztlich dürfte eine Kampagne um so mobilisierungskräftiger und damit erfolgreicher ausfallen, je besser sie es versteht, sich mit anderen Kampagnen zu vernetzen und sich dadurch als Abkömmling derselben Gruppe, nämlich derjenigen der autonomen Widerstandsbewegung, erkennbar zu machen.

Der mit solchen Kampagnen-Vernetzungen einhergehende Prozeß gegenseitiger Aufputzung gilt sowohl für thematisch anders gelagerte Kampagnen als auch für solche Kampagnen, die sich als Sonderkampagnen der Anti-Reichtums-Kampagne begreifen und die deshalb - als ein weiterer Schritt innerhalb der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne - nunmehr vorgestellt werden sollen.

Begnügen möchte ich mich hierbei allerdings mit zwei beispielhaft vorgestellten Kampagnentypen:

1. Anti-ÄrztInnen-Kampagne

Ein Sonder-Kampagnen-Typ könnte darin bestehen, eigens ausgewählten Berufsgruppen an den Wickel zu gehen. Demonstriert sei dies am Beispiel einer Anti-ÄrztInnen-Kampagne, anhand einer Berufsgruppe also, die sich in materieller Hinsicht in geradezu beschämender Weise abzockerisch verhält (?) und die sich deshalb geradezu aufdrängt, in den Kreis der Kampagnen-TeilnehmerInnen aufgenommen zu werden. Im Kern sollte die Anti-ÄrztInnen-Kampagne im gleichen Stil abgewickelt werden wie die übergeordnete Anti-Reichtums-Kampagne auch schon. In diesem Sinne ist eine Gleichzeitigkeit der Kampagnen ohne weiteres vorstellbar, einmal ganz davon abgesehen, daß eine solche Parallelität unter dem Gesichtspunkt der Vernetzung wünschenswert wäre.)

Neben den Gemeinsamkeiten gilt es allerdings auch, die Differenzen nicht aus den Augen zu verlieren: Der wichtigste Unterschied dürfte erstens in dem Umstand bestehen, daß sich die Anti-ÄrztIn-

nen-Kampagne gegen konkrete und namentlich von Anfang an bekannte Personen richtet und nicht gegen erst einmal anonyme Personen, deren Reichtum lediglich aufgrund ihrer Wohnlage bzw. ihres sichtbaren Besitzes gemutmaßt wird. Zum Ausdruck kommt diese Differenz v.a. in der örtlichen Verstreutheit der ärztlichen Kampagnen-TeilnehmerInnen und deshalb auch darin, daß sich die AngreiferInnen aufgrund dessen nicht mehr drei bis fünf Straßenzüge einfach vorknöpfen können, sondern vielmehr dazu angehalten sind, ganz gezielt vorzugehen.

Hinsichtlich der Herausbildung kollektiver Erregungs- und Kommunikationskorridore dürfte diese Verstreutheit allerdings kein ernsthaftes Hindernis darstellen. Denn durch berufliche und freundschaftliche Verbindungen, die gerade in der ÄrztInnenschaft eine besonders starke Ausprägung erfahren haben, sollten genug Kommunikationskanäle existieren, in die das empörte Gespräch über die gerade erfolgten Angriffe unmittelbar eingespeist werden kann. Zumindest ist dies dann der Fall, wenn auch im Rahmen der Anti-ÄrztInnen-Kampagne die einzelnen TeilnehmerInnen brieflich von einander in Kenntnis gesetzt werden. In diesem Sinne geht es bei der Anti-ÄrztInnen-Kampagne in erster Linie darum, bereits existierende Korridore zweckzufremden und sie dadurch zum mobilisierungs-trächtigen Brodeln zu bringen, während umgekehrt im Rahmen der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne geeignete Erregungs- und Kommunikationskorridore erst noch erschaffen werden müssen.

Die Ausweitung der ärztlichen Empörungskorridore zu allgemeinen Empörungsteppichen dürfte allerdings nicht so sehr über das Prinzip der NachbarInnenenschaft vermittelt sein und die damit eng verkoppelte Befürchtung, selbst jederzeit zur widerwilligen Kampagnen-TeilnehmerIn gemacht werden zu können. Denn hierfür dürften ÄrztInnen viel zu verstreut wohnen, auch wenn kein Zweifel daran bestehen kann, daß diese (zumindest gilt das für den Westen) v.a. in den feineren Wohnlagen anzutreffen sind. Nein, die teppich-artige Ausweitung dürfte vielmehr über eine sozialpsychologische Schiene vonstatten gehen, nämlich dadurch, daß die ÄrztInnenenschaft weiterhin eine der angesehensten und schillerhaftesten Berufsgruppen ist und daß deshalb eine besonders große Bereitschaft innerhalb der allgemeinen Bevölkerung vorhanden ist, am schicksalhaften Ergehen der ÄrztInnenenschaft teilzuhaben. Und jenes Interesse wiederum wird vor allem dadurch befriedigt werden, daß es die ÄrztInnenenschaft verstehen wird, ihr Kampagnen-Schicksal mit aller Wucht durch ihre Kommunikationskorridore zu pusten, also durch solche Korridore, denen von vornherein allergrößte Aufmerksamkeit beschieden ist. Hiervon abgesehen kann die Ausweitung ehemals beschränkter Korridore auch durch die systematische Vernetzung der unterschiedlichsten Haupt- und Nebenkampagnen vorangetrieben werden. Im vorliegenden Fall würde das bedeuten, daß die BetreiberInnen der Anti-ÄrztInnen-Kampagne auch die TeilnehmerInnen der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne brieflich informieren

müßten, genauso wie dies auch umgekehrt erfolgen müßte.

In diesem Sinne sollten die verschiedenartigen Kampagnen stets darum bemüht sein, ihre jeweiligen Handlungen zahnradchengleich aufeinander abzustimmen, um auf diese Weise die verschiedenartigsten Empörungskorridore und -teppiche voneinander in Kenntnis zu setzen und dadurch zumindest teilweise zu noch größeren Teppichen zusammenschmelzen zu lassen. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die verstreuten Wohn- und Geschäftslagen der ÄrztInnen aus sicherheitstechnischer Sicht gegenüber der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne einen erheblichen Vorteil darstellen.

Zweitens: Eine weitere Differenz zwischen den beiden Kampagnen ist ebenfalls aufs engste mit dem Umstand verkoppelt, daß es sich bei der Anti-ÄrztInnen-Kampagne um namentlich bekannte und deshalb konkrete Kampagnen-TeilnehmerInnen handelt.

Denn dies hat zweierlei zur Folge: Einerseits ist es hierdurch möglich, im Rahmen nicht nur der BekennerInnen-schreiben, sondern auch der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit sehr viel konkretere Texte zu verfassen, z.B. Negativ-Texte über ganz bestimmte ÄrztInnen. Ist dies witzig und konfrontativ zugleich aufgemacht, dann kann auch hier so mancher Extra-Ärger herbei provoziert werden. Andererseits wohnt der gezielten Konkretheit eine größere Gefährlichkeit inne, was als willkommener Beitrag

zur Effektivitätssteigerung aufgefaßt werden sollte.

Schließlich unterscheiden sich drittens die beiden Kampagnen dadurch, daß im Rahmen der Anti-ÄrztInnen-Kampagne nicht nur Privatgemächer, sondern auch die ärztlichen Geschäftsräume als Angriffsflächen zur Verfügung stehen; inwieweit Kliniken hierfür geeignet sind, sei einmal dahingestellt. Wichtig ist dies v.a. deshalb, weil gerade Praxen einen unglaublich geeigneten Ansatzpunkt für vielfältigste Aktionen darstellen: Von militanten Anschlägen über happening-artige Chaos-Aktionen bis hin zur klassischen Aufklärungsarbeit.

2. Sonderkampagne gegen Spezialgeschäfte des Reichtums

Ein anderer Sonder-Kampagnen-Typus innerhalb der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne könnte darin bestehen, gegen symbolhafte Institutionen und Einrichtungen des Reichtums vorzugehen: Lediglich beispielhaft seien einige Kampagnenobjekte aufgeführt: FDP, Juppi-Galerien, Life-Style-Restaurants, Delikatessen-Geschäfte, luxuriöse Möbelgeschäfte, Exklusivboutiquen. Edelgeschäfte für Whisky und Rauchartikel etc. Anders als die Anti-ÄrztInnen-Kampagne sollten derartige Sonder-Kampagnen gegen Spezialgeschäfte des Reichtums erst in einem relativ fortgeschrittenen Stadium der übergeordneten Anti-Reichtums-Kampagne ins Leben gerufen werden. Denn grundsätzlich wohnt derartigen Angriffen der gravierende Nachteil inne, keineN so richtig interessieren bzw. vom Hocker hauen zu können. Denn anders als ÄrztInnen können

die BesitzerInnen z.B. eines Pelzgeschäftes einfach nicht darauf bauen, in irgendeiner Weise als interessant empfunden zu werden. Denn interessant sind eigentlich nur ÄrztInnen, nicht aber Pelz-, Teppich- oder Whisky-VerkäuferInnen! Fernerhin gilt es auch - für das Verständnis eben dieses Desinteresses - den Umstand zu berücksichtigen, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft Angriffe auf die intime Privatsphäre ungleich schwerer wiegen als solche, die sich gegen Geschäfte, Dienstleistungsunternehmen und Betriebe richten, also gegen Privateigentum, welches ausdrücklicher Bestandteil des öffentlichen Lebens ist.

Begründet ist dies v.a. in dem Umstand, daß die bürgerliche Gesellschaft die von ihr als solche überhaupt erst hervorgebrachte Privatsphäre und deren Inbegriff: die Kleinfamilie schon seit jeher als Hort der Liebe, des Friedens und der Harmonie auserkoren und daß sie deshalb Angriffe auf diesen Ort intimer Innerlichkeit schon immer als verrucht, obszön und widernatürlich empfunden hat, während umgekehrt die Attacke auf öffentlich daher kommendes Privateigentum in erster Linie als eine schlicht materielle Interessenverletzung eingestuft wird.

In diesem Sinne vermögen 10 verklebte Haustürschlösser sehr viel mehr Aufruhr und Unbill aufzuwirbeln als 10 verklebte Geschäftstüren. Aus all dem folgt, daß Sonderkampagnen gegen jedwede Spezialgeschäfte des Reichtums nur unter der Bedingung erfolgversprechend sind, daß es durch ein geschicktes Kampag-

nen-Management gelingt, solcherart Sonderkampagnen als Sonderbestandteile einer übergeordneten Groß-Kampagne erkennbar zu machen. Denn durch derartige Bezugnahmen ergibt sich nicht nur die Möglichkeit, abermals unruhestiftendes Öl in die bereits abrollende Anti-Reichtums-Kampagne zu schütten, sondern auch auf der Grundlage der hierdurch ebenfalls erhöhten Aufmerksamkeit eine ansonsten unauffällige Sonderkampagne in den Stand zu setzen, selber zum Ausgangspunkt eigenständiger Kommunikationskorridore und -teppiche zu werden.

Gelingen dürfte dies zumindest dann, wenn eine solche Sonderkampagne über einen leicht erhöhten bzw. eskalierten Militanzgrad verfügt und wenn dies zudem mit einer Öffentlichkeits- und Vermittlungsarbeit einhergeht, welche sich sämtlicher der oben ausführlich beschriebenen Register bedient: von fröhlich-unverschämten BekennerInnen-schreiben über Info-Rundbriefe an die Medien bis hin zur ebenfalls bizarr-unverschämt daherkommenden Kontakt-Anbahnung zwischen den TeilnehmerInnen der verschiedenen Haupt- und Sonder-Kampagnen.

Zur Erhöhung der Wirkmächtigkeit eben dieser Sonder-Kampagnen ist jetzt noch so mancherlei situationseskalierendes Beiwerk verstellbar: Erstens könnten die BesitzerInnen der betroffenen Spezialgeschäfte zusätzlich doch zu Kampagnen-TeilnehmerInnen der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne gemacht werden; denn diese Doppeltbetroffenheit ein und desselben Personenkreises würde mit

Sicherheit eine werbe-trächtige Vernetzung der einzelnen Kampagnen zur Folge haben. Zweitens könnten aber auch, und auch hieraus würden hochgradig werbewirksame Vernetzungsschleifen hervorgehen, die KundInnen und Gäste der Spezialgeschäfte angegriffen werden.

Auch hier ist so allerlei möglich: von der Autozerstörung über Farbbeutel-Attacken auf die Kleider irgendwelcher KundInnen (denen hierfür natürlich aufgelauert werden müßte) bis hin zur gesamten Angriffspalette der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne für diejenigen Gäste und KundInnen, die namentlich bekannt sind. Drittens: das schönste Mittel, einer Sonderkampagne noch einmal richtig Feuer zu geben, wäre es allerdings, ein richtig großes Ding zu drehen: Dieses sollte meines Erachtens einfach darin bestehen, mittels eines Brandanschlages ein oder mehrere Spezialgeschäfte zu zerstören. Denn dies wäre nicht nur aus sich selbst heraus spektakulär, sondern würde darüber hinaus auch noch (anders als irgendwelche Schlösser-Klebereien u.a.) das persönliche Interesse der KundInnen und GästInnen dieses Geschäftes verletzen, so daß die ganze Geschichte auch noch über diesen Hebel der persönlichen Betroffenheit Auftrieb erfahren würde.

Abschlußbetrachtungen

Hiermit wäre ich ans Ende meiner Kampagnen-Darstellung gelangt. In der nunmehr erfolgenden Abschlußbemerkung soll es jetzt noch, neben einigen Ergänzungen, Abrundungen und Zusammenfassungen, darum gehen, einen kleinen Bo-

gen zu thematisch anders gelagerten Kampagnen zu schlagen.

Unerwünschte Teilnehmer*innen

Welche Kampagnen-TeilnehmerInnen sind innerhalb der Anti-Reichtums-Kampagne unerwünscht?

1. Keine staatlichen Einrichtungen

Grundsätzlich sollte der Versuch unterlassen werden, staatliche Einrichtungen in die Anti-Reichtums-Kampagne einzubinden. Begründet ist dies v.a. darin, daß staatliche Einrichtungen einfach keine geeigneten Ausgangspunkte für die Herausbildung kollektiver Erregungs- und Kommunikationskorridore sind; denn letztlich ist keineR mit der staatlichen Apparatur auf eine solche Weise identifiziert, daß er bzw. sie Attacken auf eben diese Apparatur als Aufforderung dafür empfinden würde, im Interesse des Staates die eigene Freizeit zu opfern und sich eigenständig um den Aufbau entsprechender Proteststrukturen zu bemühen.

Ein solches Vorgehen dürfte allein schon deshalb ausgeschlossen sein, weil persönliche Nachteile durch derartige Attacken nicht zu erwarten sind, weder in materieller noch in zeitlicher Hinsicht; denn schließlich werden für die Beseitigung der Schäden ganz normale Staatsbedienstete abgestellt. In diesem Sinne wird das Problem auf seiner praktischen Ebene sachlich, nicht aber persönlich verarbeitet.

Persönlich ist allenfalls das begleitende Palaver derjenigen, deren Tagesablauf durch eine entsprechende Attacke in ir-

gendeiner Form berührt worden ist, und sei es nur dadurch, daß sie eine zerborstene Eingangstür passieren mußten. Und jenem Palaver wiederum liegt normalerweise nicht die geringste Erregungsenergie zugrunde; denn getroffen wurde die staatliche Behörde, nicht aber deren MitarbeiterInnen bzw. (und dies wäre eine wahrlich absurde Idee) irgendwelche ganz normalen BürgerInnen.

1.1. Keine Polizei!

Jene Nicht-Berücksichtigung staatlicher Stellen durch die Kampagnen-BetreiberInnen gilt im übrigen auch für die Bullerei; denn Auseinandersetzungen mit dieser würden wiederum zu einer lediglich sachlichen Kleinarbeitung autonomer Widerstandsenergie führen und hierdurch die eigentliche Zielsetzung der Kampagne hintertreiben, nämlich durch geeignete Attacken auf PrivatbürgerInnen persönliche Negativ-Erregungen zu erzeugen. Denn bekanntlich gehört es ja zum sachlichen Auftrag der Bullerei, im Namen des Staates und seiner BürgerInnen die wie auch immer geartete Verwaltung bzw. Kanalisierung jedweder Protestaktionen zu übernehmen. Genau diese Logik gilt es indes, im Rahmen der Anti-Reichtums-Kampagne auszuhebeln. Deshalb sollten die seitens der Kampagnen-BetreiberInnen gezielt herbei geführten Kontakte mit der Bullerei auf effektiv und reißerisch inszenierte Zusammenstöße beschränkt bleiben, so wie das z.B. im Rahmen des Kirchen-Aktions-Zyklus vorstellbar wäre.

Daß es unbeschadet dieser Empfehlung immer wieder zu unfreiwilligen Zusammenstößen mit der Polizei kommen

wird, soll hierdurch allerdings genauso wenig in Abrede gestellt werden, wie die Tatsache, daß derartige Zusammenstöße unter bestimmten Umständen sehr wohl im Sinne der Kampagne ausfallen können. Worum es lediglich geht, ist, ein Verständnis dafür zu entwickeln, daß im Rahmen der Kampagne Zusammenstöße mit der Polizei immer nur den instrumentellen Zweck verfolgen sollten, die Empörungsbildung der BürgerInnen anzustacheln. Denn daß diese sich nicht nur durch wendlandartige Katz-und-Maus-Spiele genervt fühlen, sondern auch durch den schlichten Umstand, allerorten Wannen und Bullenpatrouillen erblicken zu müssen, dürfte sich von selbst verstehen.

2. Kein Großkapital

2. All die Argumente, die für eine Aussperrung staatlicher Stellen aus der Anti-Reichtums-Kampagne sprechen, gelten auch für das Großkapital. In diesem Sinne sollten die Kampagnen-BetreiberInnen auch dieses links liegen lassen, es sei denn, es bestünde die berechtigte Hoffnung, durch irgendwelche spektakulären Großanschläge auf Einrichtungen irgendeines Großkapitals könnte der Kampagne ein wirklicher Dienst erwiesen werden. (Aber wahrscheinlich ist dies nicht mehr als ein theoretisches Gedankenspiel....)

3. Keine Gipfeltreffen

Schließlich scheinen mir auch die Gipfeltreffen internationaler Großorganisationen wie IWF, EU, G7 etc. nur in einem sehr eingeschränkten Maße geeignete Teilnahme-KandidatInnen einer Anti-Reichtums-Kampagne zu sein. Denn

so sehr derartige Organisationen und Bündnisse in der weltweiten Durchsetzung und Regulierung kapitalistisch-patriarchaler Verhältnisse auch federführend sein mögen, so sehr ist es in inhaltlicher Hinsicht dennoch irreführend, eine gesellschaftliche Grundstruktur wie diejenige der kapitalistischen Vergesellschaftung immer nur anhand eben solcher kapitalistischen GroßinquisitorInnen problematisieren zu wollen, nie aber anhand des eigentlich sehr viel schwerer wiegenden Sachverhalts, daß sich eine Grundstruktur nur durch die alltäglichen Einzelhandlungen vieler Millionen Einzelner verwirklichen bzw. durchsetzen kann.

Darüber hinaus empfiehlt sich eine so gelagerte Orientierung aber auch aus praktisch-strategischen Gründen nicht; denn der Angriff auf internationale Großorganisationen ist aus meiner Sicht noch weniger geeignet als derjenige auf staatliche Einrichtungen, kollektive Kommunikations- und Empörungskorridore provozieren und hierdurch linksradikale Mobilisierungs- und Aufklärungsprozesse herbei befördern zu können.

Damit so etwas tatsächlich gelingen kann, ist es in meinen Augen vielmehr notwendig, die Attacken auf irgendeine inquisitorische Großzusammenkunft (wie z.B. das Jahrestreffen von IWF und Weltbank) mit geeigneten Attacken auf ganz normale WohlstandsbürgerInnen zu verknüpfen. Ist das aber der Fall, dann wäre (und das ist ja der Ausgangspunkt meiner Überlegung gewesen) nicht mehr der IWF oder irgendeine andere internationale Großorganisation Teilnehmerin

der Anti-Reichtums-Kampagne; nein, in einem solchen Fall müßte vielmehr von einer eigenständigen Kampagne gesprochen werden, die sich als eine weitere Sonderkampagne der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne verstehen könnte, nicht aber müßte!

In diesem Zusammenhang scheint es mir im Übrigen auch notwendig zu sein, dem weit verbreiteten Glauben entgegen zu treten, nach dem es gerade im Rahmen irgendwelcher medial aufbereiteten Großereignisse möglich wäre, als Trittbrettfahrer dem eigenen Anliegen eine besondere Aufmerksamkeit zu verschaffen; denn in meinen Augen ist eher das Gegenteil der Fall; neben den schon genannten Gründen dürfte dies vor allem in einer Art wahrnehmungs-psychologischer Sperre begründet sein: Dort nämlich, wo der Gegner sich in Szene setzt (und hierdurch oftmals noch mächtiger erscheint als er tatsächlich ist) ist Gegenwehr fast schon zwangsläufigerweise dazu verurteilt, als popelig, lausig und unbedeutsam rüber zu kommen, während es umgekehrt dort, wo der Gegner schläft (oder wo der Gegner noch nicht einmal verwundet wird) oftmals sehr viel einfacher ist, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Anders dürfte dies nur unter der Bedingung sein, daß der Gegenprotest eine schon statthafte Mindestgröße erreicht; zum letzten Mal ist dies meines Erachtens bei der 1988 bundesweit durchgeführten Anti-IWF-Kampagne der Fall gewesen, während sich die zahlreichen Berichte zum Münchener Weltwirtschaftsgipfel einige Jahre später vor al-

lem dem übergeschnappten Verhalten der Polizei verdankt haben sowie den noch sehr viel übergeschnappten Kommentaren bayrischer CSU-Politiker, in denen diese das überaus harte Vorgehen der Bullen zu einem Akt bayrischer Folklore erklärt hatten.)

Risiko, Strafe und Routine

Eine der zweifelsohne kniffligsten Schwierigkeiten der gesamten Kampagne dürfte das unweigerlich mit ihr einhergehende Risiko der Strafverfolgung sein und damit der emotionale Streß, den eine derartige Dauerbedrohung darstellt. Begründet ist dieses Risiko nicht nur in der zentralen bzw. tragenden Rolle militanter Aktionen, sondern auch darin, daß den Bullen aufgrund der zahlreichen Aufklärungs- und Provo-Aktionen genug Ansatzpunkte zur Verfügung stehen dürften, einzelne Menschen ganz gezielt unter Druck zu setzen, sei es durch Hausdurchsuchungen, Observationen und sonstige Bespitzelungen oder sei es durch willkürliche Anzeigen, ZeugInnenvorladungen und Beugehaft-Konstrukten. Zweifelsohne, dieses Risiko existiert in ganz erheblicher Weise! In diesem Sinne liegt es mir auch fern, militantes Handeln in irgendeiner Form einzufordern. Denn letztlich kann jedeR Einzelne nur für sich selbst entscheiden, ob sie bzw. er bereit und imstande ist, derartige Risiken in Kauf zu nehmen.

Und trotzdem: so falsch und unmöglich es wäre, militantes Handeln zu einer verbindlichen Verhaltensnorm erklären zu wollen, so sehr möchte ich dennoch auf der Notwendigkeit beharren, daß Risiko-Gespräche wieder stärker zum Gegen-

stand kollektiver Auseinandersetzungen gemacht werden. Denn daß es von einem politischen Blickwinkel aus unumgebar ist (zumindest in meinen Augen), autonome Politik militanter zu gestalten, das hoffe ich, halbwegs überzeugend rübergebracht zu haben.

Von der individuellen Risikoanalyse abgesehen, gilt es aber auch zu berücksichtigen, daß das Ausmaß des jeweiligen Risikos (und damit auch dasjenige der psychischen Belastung) nicht zuletzt davon abhängig ist, inwieweit die militanten AktivistInnen über Routine und Versiertheit verfügen. In diesem Sinne scheint es mir absolut erforderlich zu sein, innerhalb der autonomen Linken eine sehr viel fundamentalere Kultur der praktischen Militanz herauszubilden, als das gegenwärtig der Fall ist; denn nur dort, wo in der Alltäglichkeit militant gedacht, gehandelt und gesponnen wird, können diejenigen Erfahrungen, Wissensbestände und Selbsteinschätzungen zusammengetragen werden, die es ermöglichen, militantes Handeln als ein relativ risikoarmes Unterfangen zu betreiben.

Hinsichtlich der Anti-Reichtums-Kampagne sei nunmehr nur noch die Anmerkung angebracht, daß gerade die zahlreichen BekennerInnenschreiben, Brief-Attacken und Info-Briefe ein erhebliches Maß sowohl kriminal-technischen Geschicks als auch spielverliebter Abenteuerlust erforderlich machen dürften.

Praktisches

Zur erfolgreichen Gestaltung der Kampagne ist es v.a. unabdingbar, eine schlüssige Antwort auf die Frage der Koordination zu finden; denn während das geographische Vorgehen im Rahmen nicht-militanter Aktionen mit Hilfe der veröffentlichten BekennerInnenschreiben gesteuert werden kann, bedürfen die militanten Aktionen aus Gründen des Selbstschutzes einer sehr weitgehenden Abstimmung aufeinander.

Die entscheidende Frage lautet deshalb, ob die militanten Kleingruppen untereinander direkten Kontakt aufbauen sollten oder ob es nicht auch möglich wäre, mit Hilfe eines allgemein zugänglichen und deshalb anonymen Info-Systems diejenigen Abstimmungen gezielt herbeizuführen, die aus strategischen und sicherheitstaktischen Gründen absolut unverzichtbar sind.

Hinsichtlich des Praktischen möchte ich mich mit diesem spärlichen Hinweis erst einmal begnügen; denn praktische Probleme zu wälzen, erscheint mir im Moment ein wenig verfrüht zu sein. Wichtiger ist es aus meiner Sicht vielmehr, zunächst einmal über die politische Gesamtausrichtung der Kampagne ins Gespräch zu kommen.

Das Problem der Zahl

Manche Leserinnen mögen derweil den Kopf geschüttelt und sich ungläubig gefragt haben, ob ich denn allen Ernstes glauben würde, daß es der autonomen Linken tatsächlich gelingen könnte, unter den gegenwärtigen Umständen eine solch gigantische Kampagne wie die ge-

rade beschriebene ins Werk setzen zu können. Diesem Zweifel ist zweifelsohne zuzustimmen!

Genau deshalb sei noch einmal mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß ich mit meiner konkreten Kampagnen-Darstellung vor allem das Ziel verfolgt habe, diejenigen Prinzipien und Grundsätze herauszuarbeiten, die Voraussetzung dafür sind, überhaupt erfolgreich autonome Politik betreiben zu können. Das aber bedeutet, daß das Programm einer Anti-Reichtums-Kampagne durchaus in einem sehr viel kleineren Umfang durchgezogen werden kann, als ich das eben im Rahmen meiner Kampagnenvorstellung nahegelegt habe, ohne deshalb jedoch gleich schon zur Erfolglosigkeit verurteilt zu sein.

Denn letztlich kommt es vor allem darauf an, inwieweit autonome Politik in ihren Grundzügen so angelegt ist, daß es ihr im Rahmen ihrer eigenen Ablauf-Logik glückt, eine lawinenartige Vergrößerungsdynamik loszutreten. Ist dies nämlich der Fall, dann kommt es nicht mehr so sehr auf die anfängliche TeilnehmerInnenzahl an, mit der die entsprechende Kampagne in Szene gesetzt wird. Vielmehr ist es unter einer solchen Bedingung möglich, auf die bereits hinlänglich erläuterten Lawineneffekte zu setzen, also darauf, daß autonome Politik um so widerstandsmächtiger sein wird, je besser es ihr gelingt, über die verschiedensten Wege Mobilisierungserfolge zu erzielen.

Zur Vervielfältigung der Kämpfe

Zum Abschluß möchte ich jetzt noch die Aufmerksamkeit auf thematisch anders gelagerte Kampagnen-Gegenstände lenken. Ein solcher Ausblick scheint nur nicht zuletzt deshalb ein geeigneter Schlußpunkt zu sein, weil hierdurch einmal mehr verdeutlicht werden kann, daß es bei der ausführlich geschilderten Anti-Reichtums-Kampagne nicht nur um eine konkrete Kampagne selbst gegangen ist, sondern auch darum, leitfadentartige Grundsätze und Prinzipien für andere Kampagnen der autonome Linken herauszuarbeiten.

Die Veralltäglichsung des autonomen Kampagnen-Gegenstandes

Beginnen möchte ich mit einer einfachen Vorschlagsliste hinsichtlich weiterer Kampagnen-Gegenstände:

- Anti-Leistungssport-Kampagne
- Anti-Eigenheim-Kampagne
- Anti-Heterosexismus-Kampagne
- Anti-Ehe-Kampagne
- Anti-Kirchen-Kampagne
- Anti-Hierarchie- und Disziplin-Kampagne
- Anti-Behinderungs-Kampagne (besonders geeignet als Parallelkampagne)
- Anti-Individualverkehr-Kampagne
- Anti-Rassismus-Kampagne (unter Einbeziehung der reicheren Bevölkerung)
- Anti-Zoo-Kampagne
- Anti-Industrie-Lebensmittel-Kampagne
- Anti-(selber ausfüllen)-Kampagne.

So merkwürdig diese Themenliste auch anmuten mag, sie bzw. das in ihr enthaltene Themenspektrum ist letztlich nichts anderes als die Kehrseite der bereits aus-

fürhlich erörterten These, daß es nicht so sehr offene Repressions- bzw. Zwangsinstanzen sind, die die gesellschaftlichen Verhältnisse am Leben erhalten, sondern vielmehr die alltägliche Verstricktheit vieler Millionen Einzelner in eben jene Verhältnisse. Eine der wichtigsten Konsequenzen, die aus eben diesem für autonome Politik so ungewöhnlich anmutenden Themenspektrum resultiert, ist das bereits ausführlich zur Sprache gekommene Prinzip der Interessens-Verletzung. Als Ergänzung zu meinen entsprechenden Überlegungen sei zu diesem Prinzip nunmehr nur noch das Folgende angemerkt:

1. Sachbeschädigung ist nicht die einzige Interessensverletzung

Die Beschädigung bzw. Zerstörung von Privateigentum ist keineswegs die einzige Form der Interessens-Verletzung, die geeignet ist, Empörungs- und Kommunikationskorridore entstehen zu lassen. Denn was eine Interessens-Verletzung ist, definiert sich nicht nur über irgendwelche konkreten Handlungen, sondern auch darüber, was die je einzelnen Menschen zu ihren je konkreten Interessen erklärt haben; in diesem Sinne können Zugverspätungen genauso wie ausgefallene Sportveranstaltungen oder aufgemischte Hochzeitszeremonien Interessens-Verletzungen darstellen.

2. Kampagnen verbinden

Darüber hinaus können dieselben Interessensverletzungen durchaus in ganz verschiedenartige Kampagnen eingebettet sein. So ist es z.B. nicht nur im Rahmen einer Anti-Reichtums-Kampagne geboten, die Autos irgendwelcher Mit-

telschichtlerInnen anzugreifen; nein, dieses Verhalten ist sicherlich auch im Zusammenhang mit einer anti-rassistischen ausgerichteten Kampagne vorstellbar.

3. Zumutbarkeit beachten

Einer Interessens-Verletzung sollte immer das Prinzip der Zumutbarkeit zugrunde liegen; in diesem Sinne erscheint mir die weitergehende Beschädigung des Besitzes irgendwelcher Durchschnittsverdienerinnen fragwürdig zu sein, es sei denn, daß hier durch (im Rahmen einer entsprechenden Widerstandsaktion) ganz konkrete Personen⁶ eingeschüchtert werden sollen.

4. Interessensverletzung ist kein Selbstzweck

Von Widerstandsakten einmal abgesehen, ist die Interessens-Verletzung nicht als Selbstzweck zu verstehen; in diesem Sinne kann überall dort auf sie verzichtet werden, wo es möglich ist, auch auf andere Weise Gesprächskorridore ins Leben zu rufen, sei es dadurch, daß durch irgendwelche spektakulär bzw. außergewöhnlich anmutenden Aktionen die interessierte Aufmerksamkeit einer bestimmten Gruppe geweckt werden kann, oder sei es dadurch, daß es (auf der Grundlage eines stark erhöhten Politisierungsniveaus) grundsätzlich einfacher ist, mittels irgendwelcher Flugblätter oder Demos das Interesse vieler Menschen zu wecken.

6 z.B. Nazis

Die Kampagne gegen Reichtum

Die Kampagne gegen Reichtum ist ein Kapital aus dem Text „Wo ist Behle? Über Filtersysteme, Kommunikationskorridore u.v.m. Wider die Verzweiflung. Stichworte zur Wiedererlangung autonomer Politikfähigkeit“⁷. Dieser wurde unter dem Pseudonym Fridolin im März 1998 in der Interim veröffentlicht. Auf ca. 50 Seiten analysieren die Autor*innen die mangelnde Politikfähigkeit der Autonomen Szene und machen Verbesserungsvorschläge.

Ihre These ist, dass die heutige Gesellschaft derart entpolitisiert sei, dass autonome Politik zunächst die Politisierung wieder erreichen müsste. Dafür schlagen die Autor*innen diverse Formen des subversiv-gefährlichen „Hali-Galis“ vor. Diese Politik hätte eine Chance, in der Gesellschaft Kommunikations- und Erregungskorridore zu schaffen, auf die klassische Autonome Politik aufbauen könnte. Um das mit einem Beispiel anschaulich zu machen, entwerfen die Autor*innen beispielhaft eine „Kampagne gegen Reichtum“.

Diese Kampagne gegen Reichtum provoziert die Bewohner*innen eines semireichen Stadtviertels mit Low-Level-Militanz und Kommunikationsguerilla. Mittels frivol-frecher Anschreiben werden die Aktionen vermittelt und verbunden. So entsteht gesellschaftliche Debatte über Reichtum. Mit frechen Happenings wird die Debatte eingeheizt, um letztlich mit linker Gegenöffentlichkeit kritische Inhalte in die Debatte einzuspeisen und auf dieser Grundlage ein politisches Feld für linke Militanz zu schaffen. Auch wenn der Text rund im den 1. Mai 1998 breit innerhalb der linksradikalen Szenen Berlins diskutiert wurde⁸ und auch von den staatlichen Behörden als äußerst bedrohlich eingestuft wurde⁹, hat die Kampagne nicht stattgefunden.

Weil der Text bis heute viele Anregungen liefert und ein unglaublich inhaltlich genauso gehaltvolles wie kontroverses Stück linksradikaler Zeitgeschichte ist, haben wir uns für eine Neuedition entschieden. Wir haben leider erleben müssen, dass der originale Text zu lang und zu klein gesetzt für heutige Berliner Linke ist. Deshalb haben wir den Text gekürzt und teilweise die schon damals kritisierten unmöglichen Schachtelsätze vorsichtig geschlichtet. Bei Bemerkungen zum damaligen Zeitgeschehen haben wir des besseren Verständnisses erklärenden Fußnoten mit Hintergrundinfos gesetzt. Wir empfehlen auch, den Originaltext zu lesen.

7 Im Internet findet sich der komplette Text unter https://www.projektwerkstatt.de/media/text/topaktuell_dan_behle.pdf

8 Siehe „Autonome auf der Suche nach der Politikfähigkeit“. In: taz, 27.3.1998. Im Internet unter <https://taz.de/!1352133/> Siehe außerdem: Die Letzten auf der Titanic? Perspektiven autonomer Bewegung, 2. Teil Veranstaltung zu Sozialer Frage und Identitätspolitik. In: trend onlinezeitung Nr. 7-8 1998. Im Internet unter <http://www.trend.infopartisan.net/trd7898/t117898.html>

9 Noch im Jahr 2006 lässt das BKA den Extremismus-Papst Uwe Backes den Text auf Seite 170 des Buches „NPD-Mobilisierungen und politische Gewalt“ zitieren. Und im Jahr 2005 gruselt sich der Berliner Landesverfassungsschutz in seinem Jahresbericht auf Seite 243 vor dem Text.